

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courter ist in die Poststempelkasse eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 8-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 10.

Berlin, den 8. März 1908.

12. Jahrg.

Bekanntmachung.

In Rücksicht auf die als Folge der wirtschaftlichen Krise vorhandene große Arbeitslosigkeit, haben die unterzeichneten Verbandkörperschaften nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Alle unterstützungsberechtigten, ausgesetzten arbeitslosen Verbandsmittglieder erhalten eine Zuschußunterstützung auf die Dauer von 4 Wochen, entsprechend den für ihre Beitragsklasse und Mitgliedsdauer geltenden Bestimmungen des Statuts.“

Dieser Beschluß hat Gültigkeit bis einschließlich den 2. Mai dieses Jahres.“

Die Verbandsfunktionäre werden hierdurch ersucht, die Auszahlung der Unterstützung unter genauester Beachtung vorstehenden Beschlusses beziehungsweise der Bestimmungen des Statuts resp. des Arbeitslosenunterstützungs-Reglements vorzunehmen.

Hierbei ist streng darauf zu achten, daß die fraglichen Quittungen mit dem Vermerk „Zuschußunterstützung“ versehen werden, um eine genaue Feststellung der für diesen Zweck benötigten Summe zu ermöglichen.

Der Verbandsauschuß.
Der Vorstand.

Ein sozialpolitisches Manstrum.

II.

Wir fragen nun:

Was wollen die Arbeiter, was gibt die Vorlage? Die Arbeiter wollen Arbeitskammern, die Vorlage schafft sogen. paritätische Arbeitskammern.

Die Anschauungen über die Frage: Arbeitskammern oder Arbeiterkammern haben in der Sozialdemokratie und auch in den Gewerkschaften geschwankt. Seit dem Kölner Gewerkschaftskongreß von 1905 ist der Streit endgültig zugunsten reiner Arbeiterkammern entschieden.

In Köln wurde von 151 Delegierten, die 771 663 Stimmen vertraten, gegen 48 Delegierte mit 379 431 Stimmen das Prinzip der Arbeiterkammern festgelegt, und demgemäß ist selbem auch die Reichstagsfraktion verfahren.

Die Arbeiter verlangen eben für ihre Vertretung dasselbe Recht wie die Landwirte, die Industriellen und Kaufleute, die Handwerker.

Die Vorlage aber will paritätische Kammern schaffen, in denen Arbeiter und Unternehmer unter einem Beamten als Vorsitzenden beraten.

Es kann aber auch nicht bei dieser Mißachtung der Arbeiterforderungen als Entschuldigung geltend gemacht werden, daß man der Regierung nicht zum Vorwurf machen kann, was ein Teil der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften doch selbst kurze Zeit für zweckmäßig gehalten hat.

Dieser Einwand ist deshalb hinfällig, weil gerade die Verteidiger der paritätischen Arbeitskammern diese an Bedingungen und Voraussetzungen knüpften, von denen nicht eine einzige in dem Entwurf erfüllt worden ist. Umbrutt, der als Referent für Arbeitskammern eintrat gegen Sub, der als Korreferent Arbeiter-

kammern forderte, führte in Köln aus: „Ein demokratisches Wahlrecht muß die Garantie dafür geben, daß die große Zahl der kleinen Arbeitgeber, die zum Teil den Arbeitern sehr sympathisch gegenüberstehen, den nötigen Einfluß auf die Kammern gewinnt.“ Er sprach nicht nur für das allgemeine, sondern auch vor allem für das direkte (nicht korporative) Wahlrecht: „Dabei verzichte ich auf jede paritätische Regelung der Interessenvertretung der Arbeiter, als daß ich ein Organ empfehle würde von Handwerker- oder Handelskammer-Gnaden. Mit dem direkten Wahlrecht steht und fällt für mich die Frage der Arbeitskammern.“ Das Gegenteil dieser Voraussetzungen für paritätische Kammern bringt die Vorlage.

Die Arbeiter fordern selbständige Kammern und bekämpfen die Angliederung an die Gewerbegerichte; die Regierung lehnt die Arbeitskammern an die Berufsvereinigungen an.

In Köln betrachtete man als die schärfste Möglichkeit, die gedacht werden könnte, die Angliederung an die Gewerbegerichte. Der angenommene Beschluß besagte demzufolge: „Der Kongreß erklärt in dem geplanten Ausbau der Gewerbegerichte zu Arbeitskammern nur den Versuch, die Wirksamkeit dieser Organe zu vermindern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiterschaft auszuschließen. Von der Überzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verwirft der Kongreß durchaus diese wie jede andere Lösung, die der Schaffung selbständiger Kammern entgegensteht.“

Daß die Arbeitskammern aber gar an die Berufsvereinigungen, die vorhabendsten Scharfmacherorganisationen für Rentenpöster, angebaut werden könnten, daran hat wohl niemand gedacht. Der jetzige Entwurf macht zum Herrn über die Arbeitskammern die Arbeiterrentenmörder in den Berufsvereinigungen. Die Arbeitskammern werden nicht geographisch über Deutschland verteilt, sondern nach Berufen gegliedert, in Anpassung an die 66 Berufsvereinigungen. Der Sitz der Arbeitskammer eines Berufes soll im Hauptzentrum des betreffenden Gewerbes sein, so etwa für die Buchdruckerei in Leipzig oder Stuttgart, für den Bergbau in den Hauptorten des Saar-, Ruhrgebietes, Oberschlesens usw. Der Entwurf gibt nur allgemeine Andeutungen über das Prinzip; die Ausführung im einzelnen bleibt dem Bundesrat im Verordnungswege vorbehalten.

Durch diese Auseinandersetzung der Arbeiter in den Kammern — die nur an die Unternehmerorganisationen, nicht an die Berufsvereine der Arbeiter angepaßt werden — soll das einheitliche Massenbewußtsein durch den Branchenegoismus zermürbt werden. Es ist ja längst die Sehnsucht aller Arbeiterfeinde, daß die Arbeiter, statt ihre gemeinsamen Klasseninteressen zu vertreten, Hand in Hand mit den Unternehmern für das Gedeihen eines einzelnen Gewerbes wirken, in dem sie zufällig arbeiten.

Die Arbeiter fordern die Vertretung aller Arbeiter in geschlechtlich anerkannten Vertretungen; der Entwurf bezieht nur die Handarbeiter der Großindustrie in die Kammern ein.

Die Vorlage schließt zunächst alle Handlungsgehilfen und technischen Angestellten aus. Den Handlungsgehilfen wird die tröstliche Aussicht auf herbeizustellende Angliederung an die Handelskammern ihrer Chefs gemacht. Aber auch die Industriearbeiter sollen nur zum Teil in den Kammern vertreten werden. Ausgeschlossen bleiben: 1. der kleinere fabrikmäßige

Betrieb, 2. das Handwerk, 3. die Hausindustrie und Heimarbeit. Ausgeschlossen bleiben vorläufig auch die Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe und natürlich auch die Landwirtschaft.

Das Gesetz gilt also nur für den privaten industriellen Großbetrieb und schafft demgemäß den mächtigsten und brutalsten Scharfmachern eine neue staatliche Organisation zu all den gewaltigen Verbänden und Syndikaten, über die sie schon verfügen.

Auch die Frauen sind nach dem Wahlmodus von der aktiven und passiven Wahl so gut wie ausgeschlossen.

Der Kölner Gewerkschaftskongreß aber verlangte die Vertretung „aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Bergbau, Industrie und Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft!“

Die Arbeiter beanspruchen das allgemeine direkte Proportionalwahlrecht aller großjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen; die Vorlage bringt eine zufällige, fragmentarische indirekte Verhältniswahl, bei der Zahl und Art der Arbeiterwähler letzten Endes jeder Unternehmer bestimmt, indem die Wahlkörper Berufsvereinigungen und — Arbeiter-Ausschüsse (!) sind.

Mit dieser Bestimmung erreicht die Vorlage den Gipfel des Hohns. Vergleichen ist selbst in den schlimmsten Zeiten den Arbeitern nicht zugemutet worden.

Nicht nur, daß die Arbeiterforderung, direkte Wahl verweigert wird, die Verwegenheit besteht darin, daß die Unternehmer zwar in den Berufsvereinigungen einen wirklich vorhandenen Wahlkörper haben, der gesetzlich geregelt ist und in dem alle Unternehmer organisiert sind, daß aber das aktive Wahlrecht der Arbeiter an einer Organisation haftet, die durchgängig gar nicht vorhanden ist, wo sie aber vorhanden ist, von der Willkür der Unternehmer gesteuert ist, und wo sie gesetzlich festgelegt ist, im höchsten Grade gegen die Arbeiter schändlich geartet ist.

Das aktive Wahlrecht den Arbeiterausschüssen verleihen, die kein Gesetz zur Pflicht macht, kein Gesetz in ihrer Zusammenfassung regelt, heißt die Unternehmer zu Herren über die Entscheidung machen, ob ihre Arbeiter überhaupt für die Arbeitskammern wählen dürfen — es brauchen bloß keine Ausschüsse zu existieren, dann „ruht“ das Wahlrecht — und wenn sie das Wahlrecht haben, wer es haben soll. Auch dort, wo Arbeiterausschüsse gesetzlich vorgeschrieben sind — wie im preussischen Bergbau —, hat man sich ja alle Mühe gegeben, die Arbeiterausschüsse zu gefälligen Werkzeugen der Unternehmer zu gestalten.

Daß unter diesen Umständen auch die Frauen nahezu ausgeschlossen sind, bedarf keines Beweises mehr.

Dagegen blüht nun das Feld der Selben. Die Unternehmer brauchen es nur so einzurichten, daß die Arbeiterausschüsse, wenn sie sie dulden, aus „Selben“ zusammengesetzt sind, und dann werden im Namen der Arbeiter Unternehmer mit ihren Exzentriken die Arbeiterverhältnisse erörtern und regeln.

Die Arbeiterausschüsse für die Arbeiter als Wahlkörper einsetzen, ohne vorherige gesetzliche Zwangseinführung von Arbeiterausschüssen, das ist ein Stück aus dem Tollhaus, das ist sozialpolitischer Sadismus! Man gibt den Arbeitern eine Vertretung, aber ob sie vertreten sein sollen und wer sie vertritt — das entscheidet der — Unternehmer!

Die Arbeiter wünschen besonders ihre Beamten in die Kammern zu schicken; die Vorlage schließt diese ausdrücklich aus.

Der Kölner Gewerkschaftskongress betonte besonders, daß die besetzten Angestellten der Berufsvereine ebenso wie berufliche Arbeiter wählbar seien.

Die Vorlage verweigert den „berufsmäßigen Hebern“ die Wählbarkeit, aber nur auf Seite der Arbeiter, die „Berufsheber“ der Unternehmer, die Duesch und Lisse, dürfen in die Kammern gewählt werden.

Es soll verhindert werden, daß in der Kammer die sachkundigen Vertrauensleute der Arbeiter sitzen. Man mag nur wehrlose Kopsnicker für die Unternehmer — von wegen der Parität!

Die Arbeiter wollen durch die Kammer die Arbeitsverhältnisse beeinflussen und regeln, die Vorlage weist ihnen Gutachten zu und möchte sie zu schiedsgerichtlichen Organen entwickeln, die Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter entscheiden.

Der Kölner Kongress wies den Kammern folgende Aufgaben zu: Sie sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Anträge zu stellen, Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranstaltung von Enquetes und arbeiterstatistischen Ausnahmen, sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Die Vorlage denkt gar nicht daran, den Kammern derartige Befugnisse einzuräumen. Als Tätigkeitsgebiet wird gedacht: Gutachten über Vorlagen der Regierung, Erhebungen über Arbeitsverhältnisse des Berufs (nicht aber über Einzelbeschwerden), Anträge an die Regierung, einigungsamtliche Tätigkeit da, wo kein Gewerbegericht existiert, wo ein Gewerbegericht versagt hat, wo die Differenzen sich über den Bereich mehrerer Gewerbegebiete erstrecken. Es ist die Tendenz, das ganze Einigungs- und Schiedsverfahren von den Gewerbegerichten an die Arbeitskammern zu weisen.

Mit dieser Tendenz aber wird der Entwurf über Arbeitskammern zu einer neuen Zuchttaubvorlage in hinterhältig-tückischer Formulierung. Während man ihnen jede ernsthafte entscheidende Tätigkeit zu Gunsten der Arbeiter unterbindet, soll sich in diesen Kammern ein Organ zur Verhinderung von Streiks entwickeln. Die Gewerbegerichte mit ihrem demokratischen Wahlrecht sind den Scharmachern zu radikal, darum sehnen sie sich nach Organen, die unter dem Schein partieller Zusammensetzung in Wahrheit dem Unternehmertum das Recht gewähren, alle Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern selbstherrlich zu entscheiden! Der Großkapitalist wird zum Richter in eigener Sache — das Recht der Fendzeit ist wieder hergestellt!

Unter diesen Umständen ist es eigentlich ein Glück, daß die Handelsarbeiter von den „Böhlern“ dieser Arbeitskammern ausgeschlossen sind. Diesbezüglich heißt es in der Begründung der Vorlage:

„Dabei müssen jedoch die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Handelsgeschäften und in Apotheken ausbleiben. Hinsichtlich dieser Gruppen von Angestellten ist ein besonderes Vorgehen in Aussicht genommen.“

„Also, Handelsarbeiter freut Euch, Euch ist eine Extrablackschokolade zugebacht, aber natürlich von der gleichen Qualität, wie sie die Industriearbeiter erhalten haben.“

Die Straßenbahner sind als Eisenbahner im Sinne des Gesetzes auch von den „Böhlern“ dieser Vorlage ausgeschlossen.

Das Speditionsgewerbe ist bekanntlich ein Hilfs-gewerbe des Handels; es ist daher fraglich, ob die Speditionsarbeiter zu den zu einer Arbeitskammer begründigten gehören werden. Verlieren werden sie dadurch natürlich nichts.

Aus dem Ganzen kann die Kollegenschaft die eine Lehre ziehen: es gibt nur eine einzige wirksame und ehrliche Interessenvertretung der Arbeiter und das ist die von ihnen selbst geschaffene Gewerkschaft, ist ihre Organisation.

Zum geplanten Automobilgesetz.

Aus Düsseldorf schreibt uns ein Chauffeur: Das im Reichstage angeregte neue Automobilgesetz wird, wenn nicht die elementarsten Grundzüge der Vernunft bei unsern Chauffeuren ausgeschaltet sind, sie zum Nachdenken veranlassen müssen. Denn das eine hat die kurze Debatte zur Genüge bewiesen und, alle Redner der bürgerlichen Parteien ließen es durchblicken: Wir haben bei allen Schäden im Automobilwesen nach einem Schuldigen zu suchen, denn der Chauffeur. Dem Zentrum mit seinem tiefen sozialen Empfinden und seiner unaussprechlichen Arbeiterfreundlichkeit war es vorbehalten, bei dieser Gelegenheit sein inneres Wesen im richtigen Lichte erglänzen zu lassen. Nach diesem Antrage werden künftig Automobilfahrer ins Gefängnis gesteckt, wenn ihnen ein Organ der öffentlichen Sicherheit nach-jagt oder annimmt, daß sie sich verfehlt haben.

Der Besitzer eines 24 PS.-Wagens und garantierter Geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde, will doch nur mit der von der Polizei erlaubten Geschwindigkeit gefahren sein. Ob so ein Ding imstande ist, mehrere Stunden mit 15 Kilom. Geschwindigkeit zu fahren, ohne Schaden zu leiden an seinem Mechanismus, da fragt kein Mensch nach. Man hat ja einen, der sich bei allen Schäden schuldig bekennet oder bekennen muß. Der Chauffeur will der Polizei und den Vorschriften zeigen, daß er beide nicht achtet; er kann es sich leisten, alle 14 Tage eine Strafe von 30 Mark zu berappen. Wäre mit der Höhe der Strafe etwas zu erreichen und nur ein hohes Strafmaß notwendig, um die Schäden im Automobilwesen zu heilen, dann wäre die alte Bestimmung ausreichend noch für lange Zeiten. Ganz richtig sagte der sozialdemokratische Abgeordnete Lebebour im Reichstage: „Von einem reinen Uebermut der Chauffeure kann nicht die Rede sein, denn diese werden nicht übermäßig schnell fahren, wenn der Herr es nicht haben will.“

Wer die Schuld bei dem Automobilunwesen trägt, könnte doch einem logisch denkenden Menschen nicht schwer fallen, festzustellen. Es ist derjenige an erster Stelle, der es erlaubt, solche schnellfahrenden Maschinen zu bauen und dem öffentlichen Verkehr zu übergeben. An zweiter Stelle käme der in Betracht, der sich so ein Ding kauft. An dritter Stelle aber noch lange nicht derjenige, der sich unter dem Namen Chauffeur mit der Führung und Bedienung des Wagens sein Brot verdient.

Wäre es für die Gesetzmacher nicht viel richtiger, aus der Konstruktion und Eigenart der Wagen Schlüsse zu ziehen und die zu erlassenden Gesetze danach einzurichten. — Schon vor Jahren wurden bei der elektrischen Straßenbahn Erhebungen über die Art und Weise der Verletzungen der Ueberfahrenen angestellt. Man kam damals auf Grund dieser Erhebungen zu dem Schluß, daß die unter dem Wagen angebrachten Stangen, Schrauben usw. zum größten Teil die Schwere der Verletzungen bedingten. Man ließ in der Folge beim Bauen der Wagen die unter demselben vorstehenden Teile, die geeignet wären, einen menschlichen Körper zu verletzen, soviel wie möglich wegfällen und brachte aber dafür die sogenannten Schienenräume an. Betrachtet man unsere Autos dagegen von unten her, so wird, wenn man selbst nur mit halbem Auge zusehen, sagen müssen, wenn da ein menschlicher Körper drunter zu liegen kommt, der wird platt gedrückt wie ein Ziegelstein. Tatsächlich gibt es viele Wagen, mit denen man sich nicht getrauen darf, über einen Ziegelstein weg zu fahren, der auf der Chaussee liegt.

Würden nun die Automobilfabriken angehalten werden, von der Erde bis zum ersten vorstehenden Gegenstand unter dem Wagen soviel Raum zu lassen, daß ein Mensch in seitlich liegender Stellung bequem darunter Platz hat, so würde den Ueberfahrenen damit entschieden mehr geholfen sein, als daß man nach dem Unfall den Chauffeur ins Gefängnis setzt. Noch mehr: dann würde auch nach meiner festen Ueberzeugung das Automobil seinen gefährlichen Ruf als gefährlichstes Fahrzeug der Gegenwart, halb verlieren. Es ist doch ein Himmelweiter Unterschied — im vollen Sinne des Wortes — von den Räubern der Elektrischen oder Eisenbahn mit ihren scharfen Messern, die bei der Schwere der Wagen, die Körperteile wie mit einem Messer geschnitten von einander trennen, oder von den Autorädern, mit ihren Luftreifen überfahren zu werden. Schätzt man das durchschnittliche Gewicht der Automobile auf 32 Zentner, so übt jedes Rad einen Druck von 8 Zentnern aus. Ein solcher Druck von Luftreifen ausgeübt, ist doch wohl unter seinen Umständen in einem Menschen Arme und Beine abzutrennen. Im Gegenteil würde man geneigt sein zu behaupten, daß der Ueberfahrere in den wenigsten Fällen dauernden Schaden durch das glatte Ueberfahren erleiden würde, wenn das Rad nicht gerade über den Bauch, Hals oder eine sonstige weniger widerstandsfähige Körperstelle herging.

Aber über den heikelsten Punkt waren sich alle bürgerlichen Redner einig mit der Regierung: Den Fabrikanten keine Vorschriften, auch der geringste An-fang dazu wird die ganze Automobil-Industrie zu Grunde richten. Die Unternehmer wissen sich schon ihrer Haut zu wehren. Die sagen einfach: Laßt Ihr uns nicht unsere Wagen bauen wie wir wollen, so gehen unsere Käufer nach dem Auslande, um sich dort ihre Wagen bauen zu lassen. Sind unsere Wagen auf der Straße, dann wendet ihr eure Gesetze an. Unsere Aufgabe besteht darin, solche Wagen zu bauen, die reichenden Absatz finden unter dem Publikum. Profit ist die allerheiligste Einrichtung, die wir kennen im Lande der vollendeten Rechtsgarantien. Warum wir nicht unsere Wagen mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit haben doch alle 2 Bremsen, Gleitschuh, sogar Verstellzylinder, mehr verlangt die französische Regierung auch nicht von ihren Fabrikanten.

Nur die Chauffeure verstehen sich nicht zu helfen. Diese klagen. Es noch fertig, trotz der ernststen Situation, wo ihnen die Fäden zu den Rädern, wo man für gewöhnlich Spinnweben und Hallunken beherbergt, zittern sehen, sich ernstlich mit dem Gedanken herum-zutragen, einem Klubim-Verein — „Langsamer Tod“ — oder Chauffeur-Verein nennen sie das Ding, zu gründen. Von den Gedanken, die einer von diesen Herren Kollegen im „Chauffeur“ zum besten gab, von seinem „Standesbewußtsein“ sich nicht mit Transport-arbeitern auf eine Stufe zu stellen, kann man sich nur raten, daß er sich schleunigst eine andere Mühe aufsetzt, sonst wird sein Hirn noch lebener wie die Milche, die er trinkt. Ueber „Standesbewußtsein“ sich mit diesen Kollegen freieren, finde ich nicht der Mühe wert, sie sprechen von „Bewußtsein“ und meinen „Ständebewußtsein“. Wenn aber statt dieser zwei miteinander leicht zu verwechselnden „Bewußt-

sein“ das Massenbewußtsein zur Diskussion kommt, dann lobte es sich der Mühe, mit zu tun. Denn, ihr deutschen Chauffeure, euer Platz ist nicht in der Mitgliederliste des Vereins „Langsamer Tod“, trete in die Reihen ein, die das Schicksal Euch schon in der Wiege zugewiesen hat. Nicht in die dritte Stellung, ist die Hand am Steuer, fahrt zu, Kollegen, daß wir die Spitze der kämpfenden Klassenossen erreichen, die mit vielen Millionen schon längst dem Ziele zustreben, was noch weit von uns liegt. Dort wo gekämpft und gestritten wird, wollen wir uns die Hand reichen. Der Transportarbeiter-Verband ist die Wahlstatt, auf der wir uns wiedersehen wollen.

Aber eins ist für heute noch von Wichtigkeit; nämlich in unserem Verbandsorgan einmal zu sagen, was 15 Kilometer in der Stunde für eine Geschwindigkeit ist. Wir wollen da nicht mit alten oder neuen Gäulen rechnen, sondern mit einem ganz modernen Verkehrswagen. Es werden wohl jedermann die schweren Vierwagen-Autos bekannt sein und auch das Tempo, das diese fahren, wenn sie in ihrem gemächlichen Lauf durch unsere Straßen bummeln und die Elektrische und andere Autos wie Gitzige vorbeischnellen lassen. Diese Art Wagen, wie alle schweren Last-Automobile durchgängig, werden von den Fabrikanten unter Garantie von 15—20 Kilometer Mindestgeschwindigkeit in der Stunde geliefert. Nun mag jeder, der Interesse an Geschwindigkeitsmessungen hat, die Polizei nicht ausgeschlossen, Vergleiche anstellen, wieviel eigentlich die Elektrische oder andere Arten von Fahrzeugen fahren, so wie es jetzt Brauch ist in den Städten — und von der Polizei erlaubt wird.

15 Kilometer ist erlaubt für alle Fahrzeuge — in einigen Städten darf die Elektrische 20 Kilometer fahren. Ich behaupte, die Elektrische fährt in den meisten Städten bis zu 30 Kilometer pro Stunde und die Autos von Geheimrat A. oder Kommerzienrat B. sehen es als ihr natürliches Recht an, noch immer etwas mehr zu fahren, wie die Elektrische leistet. Und weil ich selber schon seit dem Jahre 1900 Auto fahre, kann ich im Rahmen mit dem besten Willen der Elektrischen nicht den Vorrang gönnen.

Im Anschluß hieran muß ich die Berliner Kollegen darauf aufmerksam machen, daß die Stelle in ihrer Resolution vom 13. Februar 08, die saal, daß höchste Maß der Geschwindigkeit ist in verkehrsreichen Gegenden auf 20 Kilometer festzusetzen, um einige Jahre zu spät gekommen ist. So ein Auto, das Vierwägen-Tempo läuft, würde das fahrende Publikum schon selber von der Straße wegtreiben: Es würde eben nicht beschritten werden. Nicht rückwärts, vorwärts wollen wir schreiten, mit der Elektrischen wollen wir mindestens Schritt halten. Mit der Anbringung von Geschwindigkeitsmessern könnte man ohne weiteres überstanden sein. Aber ob der alte Jock, der Schiffer und Schmitt, der in der „guten alten Zeit“ gekleidet hat, der Befähigungsnachweis, uns, dem modernen aller Verufe, auch schön steht, darüber würde sich noch streiten lassen. Doch für heute genug. Kollegen, laßt uns enger zusammenarbeiten, laßt uns unsere Meinungen austauschen und diskutieren, damit wir mit einem fertigen Resultat vor die maßgebenden Faktoren hintreten können und sagen, so empfinden wir als Erstbeteiligte die Mängel, durch derartige Maßnahmen können sie abgeändert werden. Es wäre eine Schande für den geklärten deutschen Chauffeurstand — so jung wie er ist — wenn er es dulden wollte, daß ohne Widerrede die Kollegen für Vergehen ihrer Arbeitgeber ins Zuchttaub gebracht würden. Laßt das Parlament mit Vereinen und Vereinen, schleicht Euch dem Zentralverband der Transportarbeiter für ganz Deutschland an, erwerbt bei diesem die Mitgliedschaft. S. R.

Caristreu und Wahrheitsliebe der Unternehmer.

Ein klassisches Beispiel dafür, wie die Unternehmer die von ihnen selbst mitgeschlossenen Tarifverträge hassen und sie zu umgehen suchen, bietet augenblicklich die Differenz zwischen der großen Buchhandlungsfirma F. Wolmar und ihren Markthelfern in Leipzig. Am 7. v. Mis. kündete die Firma einen ihrer Markthelfer wegen angeblichen Arbeitsmangel. Der angegebene Kündigungsgrund wurde aber als nicht stichhaltig angesehen und es wurde die partielle Schiedsgerichtskommission angerufen. In deren Sitzungen erklärte nun Herr Wolmar — nachdem die Kommission beschlossen hatte, den Streitfall dem Gewerbegericht als Einigungsamt vorzutragen, vor welchem auch der Tarifvertrag seiner Zeit abgeschlossen worden war — daß er sich weder dem Spruch des Gewerbebeschleßgerichts noch dem der Tarifkommission unterwerfe, für ihn existiere der Tarifvertrag überhaupt nicht bindend, er trete aus der Tarifgemeinschaft aus. Statt nun von seinen Kollegen und Klassenossen zurechtgewiesen zu werden, da der Tarifvertrag zwischen dem Hilfsverband (Unternehmerorganisation) und dem Handels- und Transportarbeiterverband abgeschlossen ist, blühe ihm das Glück, für seine tarifliche Nichtachtung Zustimmung und Beifall zu bekommen. Der zweite Vorsitzende des Unternehmer-Verbandes, Herr Otto Grütacas, meinte unwillig auf die Einwürfe der Arbeitervertreter: „Ach was, Tarif ist Blödsinn!“ Jede Verpflichtung den Arbeitern gegenüber ist den Unternehmern ein Greuel und doch plärrt deren Presse heutzutage, die Arbeiter seien kein zum Vertragsbruch würdiger Teil. Die vier Markthelfer wurden von Wolmar zum Entlassen, ehe die Tarifschiedsgerichtskommission etwas Positives zur Beilegung der Differenz aus-sprechen konnte.

Welche Folgen die Nichtachtung der Tarifinstitutionen, sowie seine Handlungsmethode hat, scheint Herr Wolmar doch langsam aufzukammern. Um etwaigen Gegenmaßnahmen zuvorzukommen, setzte er sich hin und

Schrieb folgendes, die Wahrheit auf den Kopf stellende Flugblatt an seine Kollegen und Geschäftsfreunde:

Wichtige Mitteilung!

In unseren Firmen ist ein Teil der Angestellten in den Streik getreten.

Wir glauben jedoch, unsere Vorträge sind so getroffen zu haben, daß irgendwelche wesentliche Verzögerungen in der Bedienung unserer Kommitenten und unserer Warenbestellungen nicht eintreten werden.

Wir dürfen wohl hoffen, daß Sie im Falle einer solchen Verzögerung dies freundlichst entschuldigend und uns in dem schweren Kampfe, den wir nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Interesse aller Prinzipale, die überhaupt von der Personalbewegung im Buchhandel betroffen werden, führen, durch Ihre Nachsicht unterstützen.

Der Schaden, der uns durch einen Streik entsteht, wird zwar ein bedeutender sein, immerhin mußte aber einmal dieser Kampf aufgenommen werden; denn die Annahme einer Gruppe unserer Angestellten wuchs, je mehr wir seither stets im Interesse des Friedens Nachsicht übten.

Wir hoffen auf die Sympathie aller unserer Geschäftsfreunde rechnen zu dürfen und bitten unsere verehrten Kommitenten und die Kunden unseres Warenbestellens, während und nach dem Kampfe uns treu zur Seite zu stehen.

In kollegialer Begrüßung

Hochachtungsvoll

F. Volkmar.

E. Staackmann.

Von einem Streik kann gar keine Rede sein. Wohl wünscht ihn Volkmar und seine Freunde, um schließlich eine Tarifvertragsverletzung daraus konstruieren zu können, um auf diese Weise vom Vertrag überhaupt loszukommen.

Deutscher Außenhandel im Jahre 1907.

I.

Das verflossene Jahr wird in der Wirtschaftsgeschichte stets eine ganz besondere Stellung einnehmen. Es barg in sich die bedeutendste Konjunktur, die wir in neuerer Zeit gehabt haben, deren Wirkungen aber wesentlich abgeschwächt wurden durch den nicht zu stillenden Geldbedarf.

Wenn wir auf dem Gebiete des Außenhandels das Fazit des letzten Jahres ziehen, so kommen wir allerdings immer noch zu ganz befriedigenden Ergebnissen, zu Zahlen, die meist den Rekord mit allen Vorjahren aushalten.

Table with 2 columns: Year, Value. Rows for years 1907-1908 and 1904-1909.

Hierbei müssen wir vorweg für die Zeit nach Einführung des neuen Zolltarifs (1. März 1906) bemerken, daß ein Teil der Waren jetzt in der amtlichen Statistik leider nicht mehr nach dem Gewicht, sondern nach Stück, Faß, Hektoliter, Flaschen etc. angegeben wird.

Angaben in Doppelzenthner sein würde, daß wir es aufgeben, nach dieser Richtung hin noch weiter zu agieren. Jedenfalls muß man, wenn man die Zahlen der letzten Jahre mit denen der Vorjahre vergleichen will, eigentlich einen Aufschlag von mehreren Millionen D. machen.

Die Richtigkeit dieser Erwägungen ergibt sich ohne weiteres, wenn man nicht die Gewichtsmengen, sondern die Werte der ein- und ausgeführten Waren betrachtet. Allerdings sind die hierbei zur Zeit zu benutzenden Wertzahlen für das Jahr 1907 erst vorläufig, indem sie, abgesehen von einzelnen Waren, wie Getreide, Mehl usw., für die besonders ermittelte Werte benutzt sind, noch auf Grund der von der Sachverständigenkommission für das vorangegangene Jahr 1906 festgestellten Einheitswerte berechnet sind.

Table with 3 columns: Year, Import, Export. Rows for years 1907-1908 and 1904-1909.

Hiernach ist der Wert der Einfuhr im letzten Jahre um 421 Millionen Mark oder 5 pCt., der der Ausfuhr um 642 Millionen Mark oder 9,9 pCt. gestiegen. Das Verhältnis ist also das umgekehrte wie bei den Gewichtszahlen; die Ausfuhr zeigt eine wesentlich erheblichere Steigerung als die Einfuhr.

Noch klarer werden die Wertzahlen des Außenhandels, wenn man den für den Warenumsatz ganz bedeutungslosen Gabelmetallverkehr auscheidet. Es ergibt sich alsdann folgende Zahlenreihe in Millionen Mk.:

Table with 3 columns: Year, Import, Export. Rows for years 1907-1908 and 1904-1909.

Hiernach hat sich das Bild gegenüber der vorangegangenen Tabelle etwas verschoben. Da die Edelmetalleinfuhr im Jahre 1907 nur 266 Millionen Mk. betragen hat gegen 417 Millionen l. J. 1906, während die Edelmetalleinfuhr von 120 auf 252 Millionen Mk. gestiegen ist, ist nach Weglassung dieses Gabelmetallverkehrs die Einfuhrziffer im Vergleich zum Vorjahre größer, die Ausfuhrziffer kleiner geworden, als sie in der früheren Tabelle war.

Der Wettbewerb zwischen England und Deutschland auf dem internationalen Handelsmarkt fordert zu Ver-

gleichen zwischen dem Handelsverkehr, den beide Staaten im Vorjahre gehabt haben, heraus. Da finden wir denn, daß England in der absoluten Steigerung der Einfuhr wie der Ausfuhr dem deutschen Zollverein weit überlegen ist.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

Nachdem im soeben erschienenen Reichs-Arbeitsblatt die Mitteilungen über die Streiks und Aussperrungen im vierten Vierteljahr 1907 veröffentlicht worden sind, ist es möglich, in Form einer vorläufigen Uebersicht eine Zusammenfassung der mit Arbeitseinstellung verbundenen Lohnbewegungen des verfloßen Jahres zu geben.

Im Jahre 1907 fanden statt:

Large table with 7 columns: Industry group, Number of workers, etc. Rows for various industries like Gärtnererei, Tierzucht, etc.

Aussperrungen

Table with 7 columns: Industry group, Number of workers, etc. Rows for various industries like Steine u. Erden, Metallverarbeitung, etc.

Ein Vergleich mit dem Vorjahre ergibt ein weiteres ziemlich bedeutendes Nachlassen. Die Zahl der Streiks ist von 2731 auf 1967, die der betroffenen Betriebe von 13 689 auf 11 621, und die der beteiligten Arbeiter von 227 984 auf 181 423 herabgegangen.

gestaltet. Mit vollem Erfolg endeten diesmal 19,1 pCt. (1906: 18,7), mit teilweisem Erfolg 38,0 pCt. (45,3), ohne Erfolg 42,9 pCt. (36,0) aller Streiks.

Die zurückgehende Konjunktur drückt sich — wie in einer Abnahme der Streiks — so auf der anderen Seite in einer Zunahme der Ausperrungen aus. Die Zahl der Ausperrungen selbst sank zwar von 234 auf 208; dafür stieg die der betroffenen Betriebe von 2217 auf 4766, also auf mehr als das Doppelte, und die der betroffenen Arbeiter von 53 209 auf 71 104.

Wohnungselend.

Eine wichtige, überzeugende Anlage gegen das herrschende Gesellschaftssystem bildet die Wohnungsenquete der Berliner Krankenkassen für Studierende, Handwerker und Apotheker, die jetzt im 6. Jahrgang vorliegt. Kein Wunder, daß die Herren Haus- und Grundbesitzer auf diese Erhebungen, die so manches ans Licht ziehen, was von ihnen lieber mit dem Mantel der christlichen Liebe zugebedeckt würde, nicht gut zu sprechen sind; daß sie auf ihren Tagungen heftig gegen diesen „Anflug“ zu Felde ziehen, ja daß sie sich sogar nicht scheuen, an die Aufsichtsbehörde der Krankenkasse die Aufforderung zu richten, die Verwendung von Stattenmitteln für Wohnungserhebungen, bezw. die Veröffentlichung derselben überhaupt zu untersagen.

Die Erhebungen erstrecken sich diesmal auf die Wohnräume von 12 617 Patienten (6754 männliche und 5863 weibliche), von denen 10 228 (5236 bezw. 4992) in ihren Familien und 2389 (1518 bezw. 871) in Schlafstellen wohnten. 48,5 pCt. der untersuchten Wohnungen befanden sich im Vorder-, 51,5 Prozent in Hintergebäuden. Was zunächst die Größe der Wohnräume anbelangt, so ist gegen das Vorjahr eine kleine Besserung eingetreten. Inmitten wohnen noch 8,64 pCt. der männlichen und 8,76 pCt. der weiblichen in Räumen, die nicht einmal die von den Baugenossenschaften aufgestellte Minimalgröße von 12,18 Quadratmeter aufwiesen.

Infolgedessen ist der auf die einzelne Person entfallende Luftstrom in sehr vielen Fällen ein durchaus ungenügender. Nimmt man als Mindestmaß 20 Kubikmeter pro Person an, so zeigt es sich, daß 49 pCt. der erkrankten Männer und 45,6 pCt. der Frauen diesen notwendigen Raum noch nicht einmal zur Verfügung haben. Dabei ist die Ueberfüllung dieser kleinen Wohnungen mit luftraubenden Möbeln und ihre oft schwere Lüftbarkeit in Betracht zu ziehen. Außerdem die Tatsache, daß es sich hier um Aufenthaltsräume für Erkrankte handelt, für die 3. W. Fischer je nachdem 60—80 Kubikmeter frische, gute Luft pro Stunde fordert. In vier besonders trassen Fällen wohnten 6 Personen, in zwei weiteren sogar 7 und mehr Personen in einem Raum von weniger als 15 Kubikmeter Inhalt.

Dem Mangel an Luft gefügt sich der an Licht. 12,37 oder 9,1 pCt. der Erkrankten wohnten in dunklen Räumen, 14 sogar in einem Zimmer, das überhaupt kein Fenster besaß. Besonders schlecht sieht es in dieser Beziehung in den Hinterhäusern aus, in denen der Prozentsatz der dunkeln Wohnungen fast doppelt so groß ist, wie in den Vorderhäusern. Hüben wir hinzu, daß 485 Wohnungen (150 in Vorder-, 335 in Hinterhäusern) feucht waren, daß 349 der untersuchten Räume nicht e i n m a l e i n e n O f e n , 258 nur die unhygienische Holzlegearbeit des eisernen Ofens hatten, so wird das bereits genügen, um ein Bild von den „idealen“ Bedingungen zu geben, unter denen diese Kranken, die zum großen Teil an Affektionen der Lunge und an Rheumatismus leiden, die Wiederherstellung ihrer Gesundheit erwarten. Zur Ergänzung sei noch erwähnt, daß 581 der Patienten (darunter 99 von den Atmungsorganen und 83 rheumatisch Erkrankte) in der schwach-dunkeln, stickigen Luft des Kellers und 328 (68 resp. 42) in meist schlecht gebauten Dachwohnungen sich aufhielten, wo sie im Sommer unter drückender Hitze, im Winter unter Kälte und Sturm zu leiden hatten.

Aber die hier geschilderten Umstände, unter denen diese Patienten wohnen, bilden nicht nur für sie selbst das größte Hemmnis der Heilung und eine heftige Gefahr der Wiederekrankung, sondern sie erhöhen — bei übertragbaren Krankheiten — natürlich auch für die Familienangehörigen, die Mitbewohner, die Anstaltsangestellten in ungeheurer Maßstabe. In diesen Wohnungen, wo „in demselben Zimmer und oft genug gleichzeitig, geboren, gestorben, gekostet, gewaschen, gegessen und gearbeitet wird“, in diesen engen, dunkeln, überfüllten Räumen ist es selbst den vornehmlichsten Hausfrauen kaum möglich, Sauberkeit herzustellen zu lassen, geschweige denn hygienische Vorkehrungsmaßnahmen zu beachten. Außerdem

stumpft sich auch die Sehnsucht nach Ordnung und Sauberkeit, ja selbst die Furcht vor Krankheit und Gefahr in solcher Umgebung rasch ab; — vielleicht ein Glück, sonst müßten ja die Verurteilten, die in ihr auszuhalten gezwungen sind, ihr Leben als dauernde Qual, ihr „Heim“ als Hölle empfinden.

Besonders für die furchtbare Volkskrankheit, die Tuberkulose, bilden solche Wohnungsverhältnisse eine nie versiegende Quelle der Ausbreitung. Von den bei der vorliegenden Erhebung ermittelten in Familien lebenden Lungenkranken hatten nur 12,7 pCt. einen Schlafraum allein zur Verfügung, während bei den möbliert wohnenden das Verhältnis allerdings etwas günstiger (38 pCt.) war. Der übrige größere Teil mußte den Schlafraum und oft genug auch das Bett mit andern Personen teilen. Insgesamt wurden bei der Erhebung 677 Männer und 740 Frauen (davon 108 bezw. 139 Lungenkranke!) festgesteilt, die in einem Bett mit andern Personen schliefen. Welch furchtbare Vorstellung! Ist es da zu verwundern, daß die Erhebung bei 24,4 Prozent der Lungenkranken Männer und 33,1 pCt. der Frauen an demselben Leiden miterkrankte Familienmitglieder ermittelte? Vermehrt wird die Uebertragungsgefahr — auch auf andere Familien — durch die Unruhe der zum großen Teil noch auf dem Hof befindlichen gemeinsamen Wohnorte. 161 der befragten Patienten mußten das Klosett noch mit 30—39, 49 sogar noch mit 40 und mehr Personen gemeinsam benutzen!

Wir müssen es uns hier versagen, auf die Einzelschilderungen, die dem Bericht beigegeben sind, und die, unterstützt durch vorzügliche Bildtafeln, oft schauerliche Einzelheiten, die die Statistik nicht erfassen kann, einzugehen. Fast sollte man es für unmöglich halten, daß in einer Stadt, die auf ihre sozialen und hygienischen Einrichtungen stolz ist, bei der auch eine offizielle Wohnungsaufsicht besteht, noch derartige Zustände existieren können, derartige allen Vorstellungen hohnsprechende Lächer als menschliche Wohnungen vernichtet werden können. Und dabei handelt es sich hier noch nicht einmal um eine unterste Schicht der Gesellschaft. Der Handwerksgehilfe ist oder hält sich wenigstens meist sogar für etwas besseres als der gewöhnliche Handarbeiter. Um so dringender tut uns eine wirkliche Wohnungsreform not, die ohne Rücksicht auf die materiellen Interessen der dabei in Frage kommenden Hausbesitzer solche Uebel bei der Wurzel anpackt und ausrottet und die andererseits durch eine ausgedehnte gemeinnützige Bautätigkeit, sowie durch Unterstützung aller sonstigen — insbesondere genossenschaftlichen — Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse auch dafür sorgt, daß gesunde, freundliche und doch für den Geldbeutel der ärmeren Schichten erschwingliche Wohnungen an Stelle dieser alten, schlechten entstehen. Der Krankenkasse der Kaufleute aber gebührt Dank für ihre mutigen Veröffentlichungen, die, indem sie das Uebel bloßstellen, seine Beseitigung vorbereiten.

Das Land ohne Streiks.

So wurde bisher mit großer Genugtuung die australische Kolonie Neu-Seeland geheißen. Die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Industrie wurden durch Verhandlungen vor den Einigungsämtern und Schiedsgerichten verhandelt und „geregelt“. Das Gesetz wurde im Jahre 1894 geschaffen, nachdem einige große Streiks stattgefunden hatten, durch welche die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen worden war. In der Tat ist man jahrelang mit diesen gewerbliehen Schiedsgerichten ausgekommen und es wurde diesen Einrichtungen nachgerühmt, daß ihnen besonders die schnelle Entwicklung und große Prosperität des Landes zu danken sei. In den letzten zwei Jahren haben aber trotz des Gesetzes, das den Streik verbietet, eine Reihe von Umständen und zwar im Schneidergewerbe, Transportgewerbe, bei den Bäckern, Schlächtern u. s. w. stattgefunden. Die Verhängung von Strafen wegen Beteiligung an Streiks bis zu 100 Mark in einzelnen Fällen, auch von Gefängnisstrafen, haben nichts genützt, und die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem Gesetze wurde immer größer.

Es wird auch immer offensbarer, daß die Annahme, dieser Frieden im Gewerbe habe die Prosperität der Industrie hervorgerufen, falsch ist, die Gründe hierfür liegen ganz wo anders. Die junge Kolonie konnte große Massen gefrorenen Hammelfleisches nach Europa ausführen, erhielt für Schafwolle, Butter, Milch, Getreide, kurz alle landwirtschaftlichen Produkte hohe Preise. Dies beeinflusste selbstverständlich die Entwicklung der Industrie in sehr günstiger Weise. Auch ohne dieses Anti-Streikgesetz hätte die Entwicklung diese Bahnen genommen. Die Unternehmer konnten infolgedessen den höher gehenden Ansprüchen der Arbeiter bisher auch meist nachkommen. Je mehr aber die junge Kolonie in das Fahrwasser großkapitalistischer Entwicklung gelangt, desto größer werden in dieser Beziehung die Schwierigkeiten: Die Grundrente ist gestiegen, Kapitalisten, Spekulanten, Zins- und Dividendenempfangern nehmen ihren Anteil von den Erträgen der Arbeiter vorweg.

Das Gesetz über die Einigungsämter und Schiedsgerichte befriedigt also nicht mehr. Dem Parlament von Neu-Seeland liegt, wie wir einem australischen Arbeiterbarte entnehmen, zur Zeit eine Novelle vor, welche unter Aufhebung der Einigungs- und Schiedsämter die Errichtung von Gewerbeschiedsämtern vorseht. Diese sollen aus drei Unternehmern und drei Arbeitern zusammengesetzt sein, die in dem betreffenden Gewerbe beschäftigt sind oder beschäftigt waren, in welchem die Differenzen ausgebrochen sind. Ein unparteiischer Vorsitzender soll von den Vertretern gewählt bzw. vom Gouverneur ernannt werden. Damit glaubt man den Mißstand beseitigen zu können, daß die Vertreter der Einigungsämter, die mehr zu Gunsten der Arbeiter ausfallen, durch die höhere Instanz, das Schiedsgericht, wieder aufgehoben werden können. An dem letzteren wirken gelehrte Richter mit. Die Gefängnisstrafen, deren

Verhängung unter den Arbeitern viel böses Blut gemacht hat, soll beseitigt werden. Dafür sollen die im Gesetz vorgesehenen Geldstrafen mit größerem Nachdruck eingetrieben werden. Die Unternehmer sollen durch Gesetz verpflichtet werden, die auf Grund dieses Gesetzes über Arbeiter verhängten Geldstrafen vom Lohne abzuziehen und zwar bis zur Höhe von 25 Prozent vom jeweiligen Wochenlohn. Wegen dieser Bestimmung herrscht in den Kreisen der Arbeiter große Opposition. Ferner ist noch eine andere Voraussetzung der Arbeiter geplant; man will in das Gesetz eine Bestimmung hineinbringen, wonach die Gewerkschaftsbeamten aus denjenigen Gewerben hervorgehen sollen müssen, bei deren Berufsorganisationen sie angestellt werden. Die Wünsche der Arbeiter, sofern diese nicht auf eine gänzliche Beseitigung des Gesetzes hinauslaufen, gehen vor allem dahin, eine schnellere Nachprüfung zu erzielen und einen größeren Anteil am Produkt zu erhalten, den sie durch ihre Arbeit hervorbringen. Bei dem gegenwärtigen Verfahren vergeht häufig 1 Jahr und darüber, bis die dem Gericht unterbreiteten Differenzen ihre endgültige Erledigung finden. Um einen größeren Anteil am Produkt ihrer Arbeit zu erhalten, werden die Arbeiter von Neu-Seeland freiwillig andere Mittel in Anwendung bringen müssen. Um diesen sich zu sichern, müssen sie die Beseitigung des kapitalistischen Systems überhaupt als ihr Ziel ins Auge fassen. Und diesen Weg zum Kapitalismus werden auch die Neu-Seeländer Arbeiter finden, die steigende kapitalistische Entwicklung wird sie dahin drängen.

Aus gegnerischen Gewerkschaften.

„Christliche“ Gewerkschaftstätigkeit. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften berichtet über seine Tätigkeit im verflossenen Jahre. Der Bericht ist sehr dürftig und zeichnet sich mehr durch Worte als durch Tatsachen aus. An Einnahmen hat der Gesamtverband 1907 1) 836,41 Mk. zu verzeichnen. Für Agitation sind 6800 Mk. ausgegeben worden.

Wie wenig Wert dieser Zentralverband, d. e. Hauptkörperschaft für die einzelnen Verbände oder richtiger für die christliche Gewerkschaftsbewegung, ist, zeigt die Tatsache, daß die einzelnen Gewerkschaften, die meist ohne Mamon sind, die Mittel für Streiks, Ausperrung usw. allein aufbringen sollen. So sind diese Verbände immer auf Sammlungen angewiesen, die jedoch, wie der Bericht sagt, ein unbefriedigendes Ergebnis hatten. Im ganzen sind 19 601,09 Mk. durch Sammlungen eingebracht. Daß sich damit heute weder Streiks führen, noch Ausperrungen aushalten lassen, versteht sich am Rande. Aus dem Kapitel Agitation ist das Bekenntnis oder richtiger die Erkenntnis erwähnenswert, daß es für die christlichen Gewerkschaften in den Gebieten, wo die freien Gewerkschaften dominieren, nichts als Abfall zu holen gibt, weshalb die Lätalität in die „größeren, unerschlossenen und ausschließlichen Bezirke“ verlegt werden soll. Auch, daß die Unternehmer die kleinsten Forderungen der Arbeiter mit Ausperrungen beantworten, und daß „den Weg zur Organisation nur die Arbeiter finden, die während des letzten Geschäftsjahres etwas mehr als sonst verdienen“, dämmert den Christlichen langsam.

Die Lösung der Dienstboten- und der Landarbeiterorganisation ist bei den Christlichen soweit gekommen, daß sie immer noch Nebenarten darüber machen.

Seinem Streite mit den Hirsch-Dumckerischen Gewerksvereinen widmet der christliche Zentralverband ein besonderes Kapitel. Darin wirft er den Hirschen vor, sie hätten durch unsaubere Manipulationen ihr Agitationsterrain auf seine Kosten erweitern wollen.

Wißes Kopfzerbrechen hat den christlichen Drahtziehern der Umstand gemacht, daß die ganze Organisationsherrlichkeit bei den Reichstagswahlen aus dem Reim zu gehen drohe, weil die christlichen Führer für die reaktionären Parteien agitatorisch tätig und sich auch zum Teil als Kandidaten gegen die Arbeitervertreter aufstellen ließen. Das Doppelspiel und vor allem die Verleugnung des Grundgesetzes von der „gewerkschaftlichen Neutralität“ verstanden die Christlichen Schläfer falsch und muckten etwas auf. Für künftige Wahlen sind folgende Richtlinien aufgestellt: „Es empfiehlt sich, daß die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre sich im Interesse unserer Bewegung etwas mehr Zurückhaltung aufzulegen. Insbesondere sollen sie möglichst nicht in von mehreren bürgerlichen Parteien ernsthaft umworbenen Bezirken als Kandidaten fungieren.“

Daß sich die Christlichen mit ihrer „Opposition“ gegen die Vereinsgesetzvorlage gewaltig blähen versteht sich, denn sie befolgen ja vornehmlich dem Grundgesetz: Klappern gehört zum Handwerk.

Christliche Arbeitervertreter als Kronzeugen für eine neue Richtshausvorlage. Weil die Christlichen sich ihren Mitarbeitern gegenüber manchmal so benehmen, daß es die übrigen Arbeiter unter ihrer Würde halten müssen, das Zusammenarbeiten mit solchen Schädlingen der Arbeiterschaft fortzusetzen, besaßen die Führer der Christlichen die Dreistigkeit, im bayerischen Landtag folgenden Antrag einzubringen:

„Unternehmern, die sich um Uebernahme von Arbeiten auf Rechnung des Staates bewerben, solche nur dann zu übertragen, wenn sie durch Vertrag die Verpflichtung übernehmen, ihre Arbeiter gegen jede Gewaltmaßregel durch Mitarbeiter, insbesondere gegen Droßlosmachung, zu schützen. Für den Fall der Nichtbeachtung dieser Verpflichtung hat sich der Staat das Recht zu wahren, die in Frage kommenden Arbeiten auf Kosten des betreffenden Unternehmers von anderen Firmen ausführen zu lassen; den Stadt- und Gemeindevertretungen ferner den Distrikten nahe zu legen, vortreffliche Bestimmungen ebenfalls in Anwendung zu bringen.“

Nun kommt „Die bayerische Industrie“, das Organ des bayerischen Industriellenverbandes, auf diesen Antrag der Christlichen zu sprechen.

Das Unternehmerblatt sagt, so berechtigt das Motiv des Antrages sei, so könnten die Industriellen doch

nie und nimmer diesem Antrage zustimmen. Jeder Unternehmer werde schon aus ureigenen Interessen, — ohne daß es Landtagsbeschlüsse bedarf, aus seinem Wert Geber und gefährliche Agitatoren möglichst fernhalten. Dagegen aber erhebe die bayerische Industrie lebhaften Protest, daß seitens des Staates und der Regierung hinsichtlich der Einstellung und Entlassung von Arbeitern ein Zwang auf sie ausgeübt werde. So lange nicht der Staat, sondern der Unternehmer die Löhne bezahlt, so lange nicht insbesondere der Staat eine gesetzliche Handhabe auf Entschädigung gegen die Gewerkschaften wegen frivol heraufbeschworener Streiks bietet und den Unternehmern die Möglichkeit der Entziehung der Schadenersatzgarantie, so lange müsse es die bayerische Industrie ablehnen, daß, sei es direkt oder indirekt, der Staat einen Einfluß erhalte auf die Einstellung der Arbeiter. . . . In Werken mit überwiegend roten Arbeitern würde der Unternehmer gezwungen sein, alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu entlassen; beschäftige er dagegen nur Nichtsozialdemokraten, so würden sich Christliche und Hirsch-Dunkersche auf Kosten des Unternehmers besetzen; — kurz, eine derartige Bestimmung treffen, heiße mit dem Feuer spielen, den Streik heraufbeschwören.

Aber, — sagt das Unternehmerblatt weiter — nun haben selbst organisierte Arbeiter die Notwendigkeit eines wirksamen Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen dargelegt. Das Wort „Zuchthausvorlage“ habe damals „die Köpfe verwirrt“ und auch die „brauchbaren“ Teile der Vorlage seien als Ausnahme-gesetz der Furcht vor Mandatsverlusten zum Opfer gefallen. Kenne man eine zukünftige Zuchthausvorlage nicht Zuchthausvorlage — schließlich der Artikel in dem Unternehmerblatt dem Sinne nach — sondern „Novelle zum § 153 der Reichsgewerbeordnung“, dann müsse logischerweise auch das Zentrum dafür eintreten, nachdem die Zentrumsgewerkschaften Schwarz und Oswald, die Vertreter der christlichen Arbeiter im bayerischen Landtag das neue Zuchthausgesetz bereits begründet haben.

Die bürgerliche „Soziale Praxis“ über die Gelben. Mehr und mehr treten die „vaterländischen Arbeitswilligenvereine“, die uns die einfachste Lösung der sozialen Frage bringen sollen, aus ihrer schamhaften Zurückgezogenheit an die Öffentlichkeit; obgleich sie mit ihren Führern bisher nicht gerade Ehre eingelegt haben, wie eine Reihe von Vereinen, die in der letzten Monate beweist. Aber in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges sind die Aktien solcher Fürsorgevereine naturgemäß im Steigen, und wenn die Unternehmer so nachdrücklich jenen gelben Gebildeten Schutz und Geldunterstützung angedeihen lassen, wie dies für eine Anzahl von Vereinen feststeht, und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ihnen agitatorischen Vorspann leistet, so ist es kein Wunder, daß diese Organisationen etwas Kühner das Haupt erheben und durch fast ein halbes Duzend besondere Zeitungen und Zeitschriften offen das gelbe Gewerkschaftstum zu verbreiten suchen. Zu den mancherlei Broschüren, die über Entwicklung und Art dieser Vereine bereits erschienen sind, gesellt sich neuerdings auch eine Darstellung im „Reichsarbeitsblatt“, die zwar auf die Psychologie und Betätigung der gelben Vereine nicht eingeht und die vorhandenen Bildungen in ihr in Ueberbild keineswegs erschöpft, jedoch durch die Mitteilungen des unendlichen Berichtstafels über Satzungen, Klassen und Mitteilungschaft von Interesse ist. Mittelpunkt der gelben Gewerkschaften in Deutschland sind heutzutage in erster Linie Nürnberg mit etwa einem Duzend seit Oktober 1905 allmählich ins Leben getretenen „Arbeits- oder Werkvereine“, die insgesamt rund 8000 Arbeiter umfassen, und Magdeburg, in dem zur Zeit vier solcher Vereine bestehen. Es folgen dann als Stützpunkte der gelben Bewegung Berlin mit mehreren Organisationen zur Unterstützung Arbeitswilliger und Sparprämienvereinen in der Metallindustrie, im Baugewerbe und in den übrigen in Deutschland stark selbst mit „meistertrauen Vereinen“ durchsetzten Bäckergewerbe, weiter Dresden, wo aus dem Arbeitswilligenverein eines Werkes eine den ganzen Bezirk umfassende gelbe Berufsorganisation, die „Freie Vereinigung der deutschen Metallarbeiter“, die verwandte Gegenstücke außer in Berlin auch in Wienbach noch aufweist, hervorgetreten ist, sodann München, das mit Augsburg in engerem industriellen Zusammenhang steht, Hamburg-Mitona, das Saarreiter, einige sächsisch-thüringische Zentralkomitee und neuerdings auch der Ruhrbezirk. Eine Zentralisation der Gelben ist im Bund vaterländischer Arbeitervereine“ angedacht, dessen erstes Auftreten zu Pfingsten 1907 wir nach Gebühr gefeiert haben (NVL Sp. 919). Alles in allem umfaßt aber die gelbe Bewegung in Deutschland noch keine 20 000 Köpfe, und bei Weiterführung einer vernünftigen Gewerkschaftspolitik durch die allen starken Organisationen wird ihre werbende Kraft sich bald erschöpft haben. Zum Teil werden diese Arbeitswilligenvereine sogar als Vorhülle für die aufrechten Gewerkschaften dienen, indem sie ihr und da das bisher organisationsunfähige, rückständige Arbeitermateriel zum ersten Male zu einem Gemeinheitsleben sammeln, das durch die Verhältnisse ganz von selbst früher oder später sozialpolitisch durchdringt werden wird.

**Aus unserem Beruf.
Automobilfahrer.**

Offener Brief an den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin! In der letzten Zeit haben wir häufig bemerkt, daß die Verkehrs-Polizeiverordnung von Berlin von Seiten der Polizeibehörde gegenüber den Droschkenführern sehr verschieden gehandhabt wird, was unter unseren Kollegen natürlich große Mißstimmung erregt. Hunderte von Droschkenführern sind schon wegen Uebertretung des § 98 der Droschkenverordnung bestraft. Eine große Anzahl davon auch dann, wenn sie glaubten im Interesse des Verkehrs

zu handeln. Dieses insofern, wenn ein Fahrer Wagen- oder Motorbesitzer hat, daß er einen anderen Kollegen zur Hilfe nimmt. Die Beförderung der eventl. Hilfskräfte auf Droschken ohne Einschaltung des Apparates hat vielen Droschkenführern schon hohe Polizeistrafen und Verweise eingebracht. In den letzten Wochen haben erst wieder mehrere Fahrer in dieser Weise mit dem § 98 kollidiert. Um so auffällender ist es aber, daß es der Firma Kandelhardt gestattet ist, fast alle ihre Wagen mit zwei Führern zu besetzen. Nach unseren Erfahrungen mit der Polizeibehörde verweist die Firma Kandelhardt gegen die § 98 und 99 der Polizei-Droschkenverordnung. Die Polizeibehörde ist dagegen nicht eingeschritten. Der Firma Kandelhardt wurden auch schon zur Zeit, als die Chauffeuse Frau v. Papp fuhr, ein Mitfahrer nicht beanstandet.

Herr Polizeipräsident! Wir glauben, daß Sie von allen diesen verschiedenartigen Handhabungen der Polizeiverordnung von Seiten der unteren Polizeiorgane nicht genügend unterrichtet sind. Andererseits glauben auch wir nicht, daß Sie in Ihrer noch neuen Stellung, als Oberhaupt der Polizeiverwaltung, eine solche ungleichenmäßige Behandlung von tausenden Verkehrsarbeitern billigen können. Wir können auch nicht glauben, daß Sie, Herr Präsident, der Firma Kandelhardt besondere Konzessionen machen. Die Mitfahrer auf den Wagen sind Lehrlinge und werden nicht bezahlt, werden aber auch andererseits für die Firma als Heilame und Anreizern benutzt. Dieses ist von uns allen beobachtet und kann gerichtlich bezwungen werden. Sollten diese Zustände von Seiten der Behörde länger gebilligt werden, so dürften wir doch erfinden, daß die §§ 98 und 99 der Verkehrsordnung aufgehoben oder dementsprechend geändert werden, damit auch andere Fahrer das Recht haben, das die Fahrer der Firma Kandelhardt bisher ungehindert für sich in Anspruch nehmen.

Die Vertrauensleute der Automobil-Droschkenführer.

Die Mißstände im Automobilverkehr und die Geschwindigkeitsmesserfrage. Das Automobil macht gegenwärtig schwere Zeiten durch und wahrscheinlich stehen ihm noch schlimmere bevor. Wozu schnell hat es sich seinen Platz in der ersten Reihe der modernen Verkehrsmittel erobert; die Änderungen in den hergebrachten Anschauungen über den allgemeinen Verkehr, die sich dadurch ergeben, kommen der großen Mehrheit des Volkes nicht nur äußerst unbequem, sondern auch als ungerechtfertigt vor, und speziell in Deutschland muß das Kraftfahrzeug mit einer ganz erbitterten Gegnerschaft rechnen.

Wie das Automobil anfänglich ganz ausschließlich zu Sportzwecken verwendet wurde, hält man es heute noch durchweg für ein Luxus- oder Sportfahrzeug und verschließt die Augen vor der Tatsache, daß es von Tag zu Tag mehr den Charakter eines Nutz- und Geschäftswagens annimmt, wie die stetig steigende Zahl der Autodroschken und der Motorgeschäftswagen unüberdächtig beweist. In ebenso ungerechtfertigter Weise macht man für die Verfehlungen der wilden und rücksichtslosen Fahrer die große, weitläufige überwiegende Mehrheit der Autolenker mit verantwortlich, obwohl diese doch gewiß noch viel mehr Anlaß zu dem Wunsch haben, daß ihre minderwertigen Kollegen ausgemerzt und zur Strecke gebracht werden, als die übrige Welt; denn sie müssen jetzt mit schwer darunter leiden, daß die Zeitungen eine große Menge von Verkehrsunfällen den Automobilfahrern in die Schuhe geschoben haben, bei denen die Schuld ganz zweifellos auf der anderen Seite lag, und daß in Deutschland Volksstimnungen und aus ihr heraus Gesetze und Verordnungen entstehen konnten, die die notwendige Förderung des Verkehrs hindern, vor allem aber in ganz einseitiger Weise gegen den Automobilismus Partei nehmen.

In allererster Linie müssen hier die Straßen genannt werden wegen zu schnellenfahrens. Bei den Anzeigen deswegen kommen die größten Ungerechtigkeiten vor. Zunächst beruhen sie doch ausschließlich auf einer Schätzung der Geschwindigkeit, die nachweislich selbst durch Experte ausgeführt, absolut unzuverlässig ist. Dann werden die Strafmmandate meistens erst Wochen nach der angeblichen Verfehlung dem Beschuldigten zugestellt, so daß dieser sich des Vorfalls unmöglich mehr genau erinnern und Entlastungsbeweise aufbringen kann. Aus diesem Grunde hat es auch endlich keinen Zweck, an die Gerichte zu appellieren, was überdies viel Zeit kostet und große Umstände macht, so daß gerade die minder Wohlhabenden kaum jemals diesen Weg einschlagen können, um einer ungerechten Bestrafung wegen eines nicht einwandfrei festgestellten Vergehens zu entgehen.

Noch weit schlimmeres steht den Führern von Kraftwagen bevor, wenn das neue Haftpflichtgesetz nach den Ideen des Reichstags eingeführt werden sollte. Rettungslos würden sie dann für jeden Unfall mit ihrem ganzen Vermögen eintreten müssen, der auf tragend eine Weise mit ihrem Fahrzeuge in Zusammenhang gebracht werden könnte. Die Ankläger dürften alles vorbringen, was ihnen gut dünkt, und wieder würde natürlich hier die Schätzung, der persönliche Eindruck, die Hauptrolle spielen. Von den Chauffeuren aber verlangt man, daß sie nicht nur ihre eigene Schuldlosigkeit, sondern sogar die Schuld der anderen Partei nachweisen, während sie doch zur Zeit über kein einziges Mittel verfügen, das vor Gericht als beweiskräftig anerkannt wird. Wieder wären es die kleineren Existenzen, die durch einen solchen Gesetzeszustand in erster Linie gefährdet sein, sich täglich der Vernichtung ausgesetzt sehen würden.

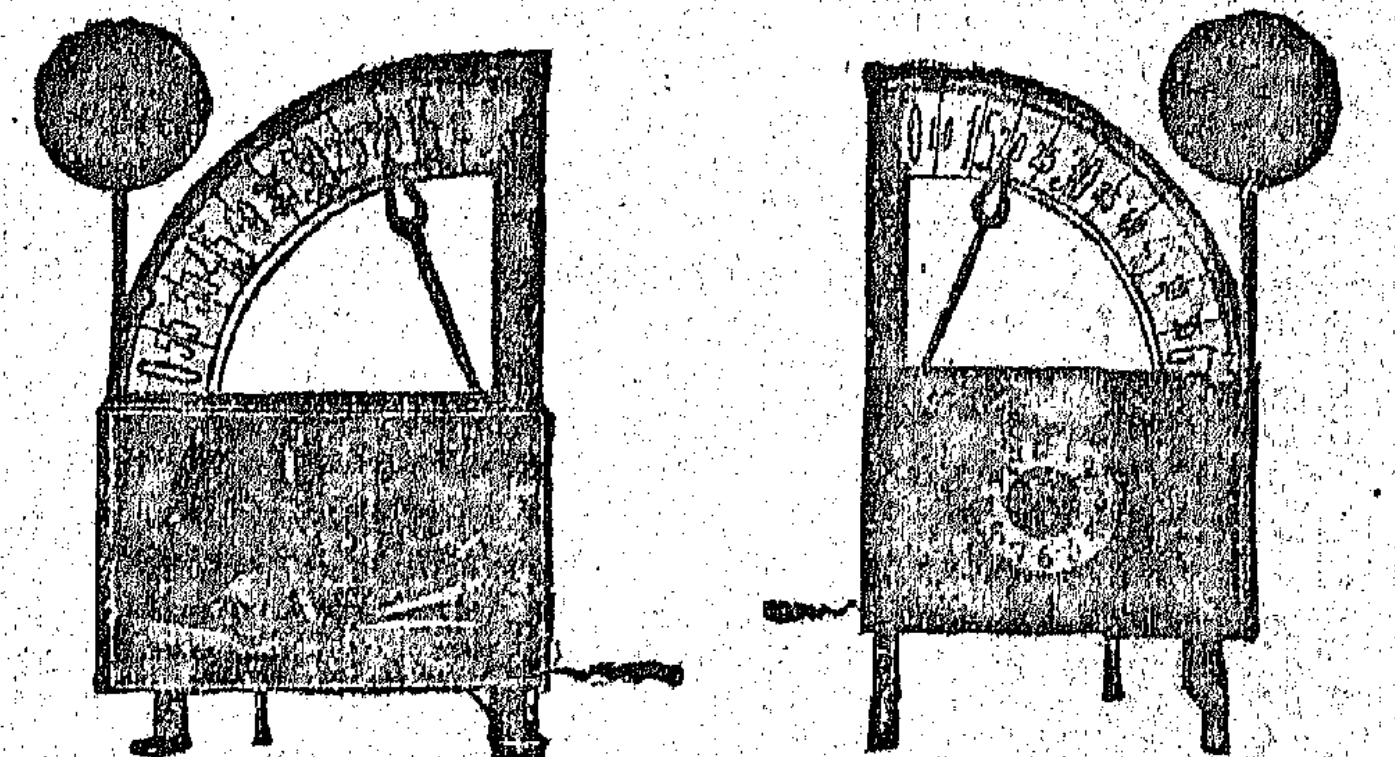
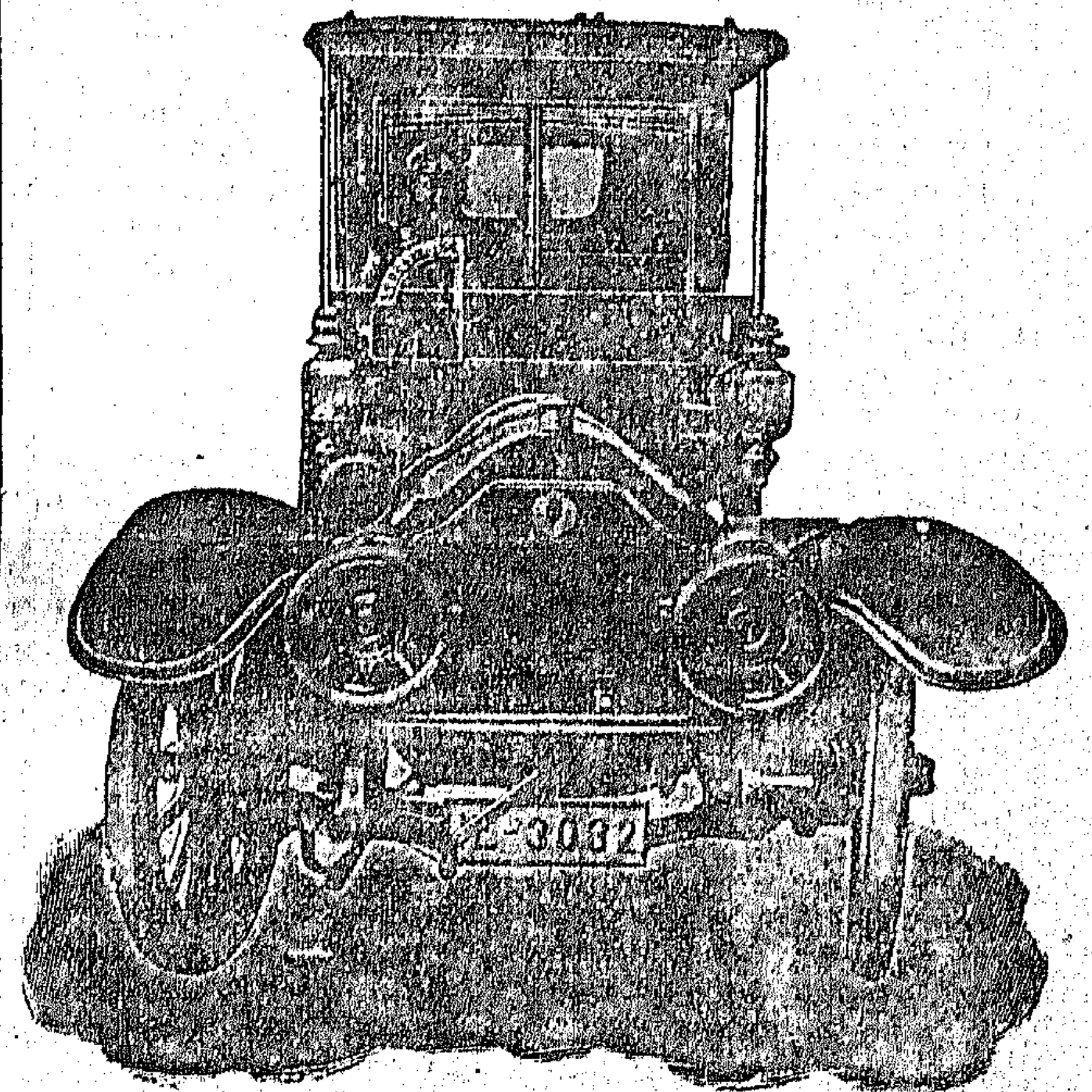
Es muß deshalb unbedingt als mindestens gefordert werden, daß den Kraftwagenbesthern und -Führern die Möglichkeit gegeben wird, mit rechtkräftigen Beweismitteln vor Gericht aufzutreten. Dazu bedarf es der Einführung von zuverlässigen, registrierten Geschwindigkeitsmessern, die auch nach Monate nach jeder Fahrt erkennen lassen, wie rasch man zu einer bestimmten Stunde und Minute an irgend einem Orte gefahren ist. Schon vor Jahren hat in Anerkennung derer Gesichtspunkte die Regierung in Verbindung mit den auto-

mobilitätlichen Kreisen eine Konkurrenz für Geschwindigkeitsmesser ausgeschrieben. Es scheint indessen, daß bis jetzt keine der konkurrierenden Konstruktionen den besten Bedingungen entsprochen hat. Erst vor kurzer Zeit ist es einer Gesellschaft in Berlin gelungen, einen Apparat fertig zu stellen, der sich in überraschender Weise die uneingeschränkte Anerkennung sowohl der Fachleute, wie der Behörden erworben hat. Seine hauptsächlichsten Eigenschaften sind folgende:

1. Er zeigt in jedem Augenblicke die genaue Geschwindigkeit des Automobils, sowohl von den Fahrern, wie von außerhalb leicht und deutlich ablesbar, an.
2. Er drückt während der Fahrt fortwährend die eingehaltene Geschwindigkeit neben der Uhrzeit, Datum und Wagennummer auf einem Papierstreifen auf.
3. Dadurch ermöglicht er eine untrügliche Kontrolle und einen univ. überleglichen Nachweis über jede einzelne Fahrt, vom ersten bis zum letzten Augenblicke.
4. Er kann dazu benutzt werden, Warnungssignale abzugeben beim Ueberschreiten einer bestimmten Geschwindigkeitsgrenze.

Die allgemeine Einführung von Apparaten, wie der vorstehend gekennzeichnete, muß zunächst dem allgemeinen Verkehrsfortschritt dienen, indem sich daraus alsbald ergeben wird, daß die 15 Kilometer-Geschwindigkeitsgrenze für den Stadtverkehr viel zu niedrig angesetzt ist und ohne jedes Bedenken auf 30—35 Kilometer erhöht werden kann. Noch wichtiger aber ist es, daß fortan die überaus ungerechten auf bloßer Schätzung beruhenden Anzeigen und Strafverfügungen aufhören werden, und daß mit der Einführung eines zuverlässigen registrierenden Geschwindigkeitsmessers der unhaltbare Zustand der Rechtslosigkeit der Automobilführer und Besitzer wenigstens in etwas eingeschränkt wird, der die Existenz speziell der Chauffeure und kleinen Automobilbesitzer aufs schwerste gefährdet, und, indem er die Entwicklung des Kraftfahrwesens in Deutschland unterbindet, unsere Automobilindustrie und die Interessen der in ihr beschäftigten Arbeiter dem Auslande gegenüber ernstlich schadet.

Die beigefügten Abbildungen zeigen den genannten Geschwindigkeitsmesser.



Nach einer praktischen Belehrung. In unserer letzten Versammlung wurde eine Resolution angenommen, worin unter anderem gefordert wurde, daß die Geschwindigkeit von 15 auf 20 Kilometer heraufgesetzt werden sollte. Wir liegen uns dazu verhalten, weil der Fahrer dann, wie es jetzt geschieht, nach den vollen Urteilen der Gerichte, welche auf Grund des 15 Kilometer-Paragrafen gefällt werden, wenigstens nicht mehr nach der Art des Schutzmans, daß er schneller gefahren wäre als ein trabendes Pferd, verurteilt werden kann. Auf diesen Basiss ist unterer Resolution wurden weitere Kreise aufmerkksam. Eine Gesellschaft beehrte unsere Leitung darauf mit einer Einladung, um uns einen registrierenden Geschwindigkeitsmesser zu zeigen, welcher drei unserer Kollegen auch folgten. Die Vorstellung des Apparates war für uns überraschend. Hier fanden wir ein Instrument, das dem Wagenführer schon längst fehlte. Ein Mittelpunkt zur Orientierung über die Geschwindigkeit beim Fahren, eine Geschwindigkeitsregistrierung, die auf weiß gegen die Benützung des Schutzmans und des Gendarmen vor Gericht ein Instrument zur Verurteilung des Führers bei Ausübung seines schweren Berufes. Aber der Apparat belehrte uns auch noch eines anderen betreffs der Geschwindigkeit. Er zeigte Experimente, welche wir mit einem Kurzwagen und zwei gemieteten Droschken vornahmen, entzogen

uns ein Lächeln über die polizeiliche 15 Kilometer-Verordnung. Es ist nämlich ausgeschlossen, daß man mit einem Automobil 15 oder 20 Kilometer fahren kann. Die beiden Droschken mühten diese Geschwindigkeit auf den zweiten Gang und fast ohne Gas fahren, immer eine Gefahr für den Führer, während der Fahrt den Motor abzurosseln. Na sogar bei 25 Kilometer, welche der Führer auf dem 3. Gang fast ohne Gas fahren kann, ist es noch eine reine Schinderei für denselben. Ruhig und mit Berechnung konnte man erst bei 30 Kilometer Geschwindigkeit fahren. Das Ergebnis des gewöhnlichen Fahrens der Automobildroschken war vermittelst des Apparates 35 bis 40 Kilometer und die äußerste Geschwindigkeit bis 50 Kilometer. Dieses alles war für uns eine Überraschung und brachte uns noch mehr in Erstaunen über die Leistung der Polizei und ihrer Verordnungen. Die Technik belehrt den Menschenverstand. Hoffentlich läßt sich die Polizei auch bald belehren und hebt den unheilvollen 15 Kilometer-Paragrafen sobald wie möglich auf. Nach unseren vorgenommenen Experimenten fährt heute der ruhige Fahrer 35-40 Kilometer. Bei dieser Geschwindigkeit ist er vollständig Herr des Automobils und hat es vollkommen in seiner Gewalt. Darum hob eine abgehaltene Vertrauensmännerversammlung die Forderung auf 20 Kilometer Höchstgeschwindigkeit auf und wir verlangen, daß jenes Maß im Verleze auf 35 Kilometer festgesetzt wird.

Droschkenführer.

Berlin. Die Legitimationskarte. In vielen Gewerkschaften ist es eingeführt, daß für die Mitglieder zur gegenseitigen Kontrolle und auch, um ihre Zugehörigkeit zur Organisation nachweisen zu können, sogenannte Legitimationskarten eingeführt sind, welche gewöhnlich, je nachdem der Mitgliedsbeitrag entrichtet ist, abgegrenzt werden. Diese Legitimationskarten, welche für die Droschkenführer Berlins und Umgebungs, die dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören, von grüner Farbe sind, sollten dieselben stets bei sich tragen, um den Nachweis führen zu können, daß sie der Organisation angehören. In dieser Beziehung bleibt aber bei einzelnen von unseren Kollegen noch viel zu wünschen übrig. Gewöhnlich wird die Karte in das Mitgliedsbuch hineingelegt und kommt allenfalls mal zum Vorschein, wenn Beitrag gezahlt wird; auf diese Weise kann sie natürlich ihren Zweck nicht erfüllen, welcher außer dem hier Angeführten auch noch darin besteht, sich anderen Personen gegenüber auszuweisen, welche mitunter einer Droschke bedürfen und besonderes Gewicht darauf legen, daß der Betreffende, mit dem sie fahren wollen, seiner gewerkschaftlichen Organisation angehört. In letzter Zeit ist uns des öfteren mitgeteilt worden, daß manche Kollegen, wenn sie zu einer Fahrt engagiert und nach ihrer Organisationsangehörigkeit gefragt wurden, wohl behaupteten, derselben anzugehören, konnten aber genannte Karte nicht vorweisen; demgemäß ist es immer zweifelhaft, ob sie mit ihrer Behauptung Recht oder Unrecht haben. Es muß deshalb für unsere Kollegen Hauptbedingung sein, diese Karte stets bei sich zu führen. Alles Notwendige, was dieselbe bedeutet, steht auf der Rückseite derselben. Wir glauben, daß es nur das vorstehende Hinweis bedarf, damit die Kollegen diesem Wunsche mehr wie bisher nachkommen.

München. Der Arbeitgeberverband des Münchener Transport-, Handels- und Verkehrsgebietes macht alle Anstrengungen, eine Unmöglichkeit in die Reihen der streikenden Droschkenführer und Chauffeure zu bringen. In Nummer 97 der Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlicht er eine Erklärung, die diese Unrichtigkeiten enthält und die Tatsachen entleert. Man beabsichtigt offenbar, die Lohnkutschergesellen zu bewegen, ihrer Organisation den Rücken zu kehren, und der Gehilfenausschuß soll beauftragt werden, mit der Lohnkutschervereinigung zu verhandeln. Der Arbeitgeberverband nennt das das einfachste Mittel, um eine prompte Erledigung des Streiks herbeiführen zu können. Für die Chauffeure besteht überhaupt kein Gehilfenausschuß, was eigentlich die Vertreter des Arbeitgeberverbandes wissen müssen, da sich erst ein paar Tage vor dem Streik die Münchener Kraftfahrervereinigung gründete und der Führervereinigung anschloß. Die Herren Arbeitgeber erklären, daß sie sich bewusst sind, ihren Gehilfen ein anständiges und zeitgemäßes Einkommen zu bieten. Täglich 1,40 Mk. und 20 pCt. der Einnahme mag anständig bezahlt sein, jedoch zeitgemäß kann es nicht genannt werden, weil die Herren nach wie vor von ihren Gehilfen fordern, 855 Tage im Jahre und jeden Tag 15 Stunden zu arbeiten. Dies ist gerade der springende Punkt, um den sich der Kampf dreht. Durch die Entlohnung von 20 pCt. wird die Arbeitszeit ins Ungemessene getrieben, denn kein Lohnkutscher will mit 2, 3 und 5 Mk. Tageseinnahme nachhause fahren. Beim Turnusdienst sind sie gerade verdammt, an Stellen zu kommen, wo sie den ganzen Tag nichts verdienen. Die Pferde haben ihre Ruhepause, sie werden gewechselt, der Kutscher jedoch nicht. Ist der Kutscher durchmüht und fährt früher heim, so wird er als Faulenzer angesehen und angepöbeln.

Im vergangenen Jahre forderten die Gehilfen 1,50 Mk. Tagelohn und 20 pCt. der Tageseinnahme, sowie alle 14 Tage einen freien Tag. Wäsche und Buzzege soll vom Arbeitgeber bestritten werden.

Von Seiten der Innung wurde ihnen zugesprochen: Für diejenigen, die noch nicht ein vollständiges Jahr als Droschkenführer beschäftigt sind, gilt der alte Lohnsatz. Nach einem Jahr erhalten sie 1,25 Mk. und 20 pCt. der Gesamteinnahmen, d. h. erst dann, wenn ein Tarifvertrag auf 3 Jahre zustande kommt. Der Lohn wird auf 1,40 Mk. und 20 pCt. der Gesamteinnahme erhöht, wenn ein Tarifvertrag auf 5 Jahre festgelegt wird. Auf die Forderung der Gewährung von Wäsche und Buzzege kann nicht eingegangen werden, und hat es somit bei der bisherigen Einrichtung zu verbleiben, wonach jeder Kutscher sich Wäsche, Putzmittel und Buzzege selbst zu beschaffen hat. Während der Dauer des Tarifvertrages kann an der Maximalarbeitszeit (soll heißen Minimalarbeitszeit) von 15 Stunden pro Tag eine Veränderung nicht eintreten, unbeschadet etwaiger Unterbrechungen in Kraft tretenden gesetzlichen

Bestimmungen. Bezüglich freier Tage kann jeder Kutscher beanspruchen, daß er im Monat mindestens durch einen freien Tag den Dienst in der bisher üblichen Weise unterbrechen darf. Die Stellung eines Ersatzkutschers kann vom Arbeitgeber verlangt werden.

So sah das Entgegenkommen der Innung aus. Kein Wunder, wenn sich die Lohnkutscher der Organisation anschlossen, um mehr zu erreichen. Auch wurde die Konkurrenz durch die Automobildroschken immer drohender, der Verdienstentgang immer größer, sodaß sie trotz der langen Arbeitszeit keinen auskömmlichen Lohn mehr erzielten. Wenn von einem Lohn von 1100 und 1600 Mk. geschrieben wird, so bedeutet das durchaus nichts. Der weitaus größte Teil muß sich mit einem Jahreseinkommen unter 1100 Mk. begnügen. Die Zeiten, wo Droschkenführer 1100-1600 Mk. verdienen, sind längst vorbei.

Nun wird behauptet, die Forderungen, die der Verband ausstellt, sind unerfüllbar. Wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit. Ein Droschkenführer, der nachweislich im Jahre 1907 mit einer Nummer eine Einnahme von 4311,10 Mk. erzielte, verdiente 1227,20 Mk. Gibt einen Tagesverdienst von 3,86 Mk. oder pro Stunde 22 1/2 Pfg. bei einer Arbeitszeit von 16 Stunden pro Tag. Nach der Zusage der Innung bei einem Tagelohn von 1,40 Mk. und 20 pCt. würde er 1373,20 Mk. verdienen, das ist pro Tag 3,76 Mk. oder pro Stunde 25 Pfg. bei einer 16 stündigen Arbeitszeit.

Nach dem Tarif der Organisation würde er bei der gleichen Einnahme an Wochenlohn 938 Mk., 10 pCt. der Einnahme 431,11 Mk., zusammen 1369,11 Mk. verdienen. Gibt einen Tagesverdienst nach Abrechnung der freien Tage von 4,08 Mk. oder pro Stunde 25 1/2 Pfg. bei einer 12 stündigen Arbeitszeit. Also ein Minus von 5,99 Mk. gegenüber den Zugeständnissen der Lohnkutschervereinigung. Dem steht allerdings eine Arbeitszeitverkürzung von 15 auf 12 Stunden pro Tag gegenüber. Die Forderung war also sicherlich nicht so ungeheuerlich, daß man nicht einmal eine Antwort darauf geben konnte. Ferner wird von den in München reichlich fließenden Trinkgeldern gesprochen. Diese Quelle ist zum Teil schon längst verlegt und existiert nur mehr in den Köpfen der Arbeitgeber. Zudem haben die Droschkenführer das Gesamtrisiko zu tragen. Viele Kutscher müssen sogar das Recht für den Wagen bezahlen. Ein Kutscher gibt an, daß er die 4 1/2 Jahre, die er bei seinem Herrn fährt, 108 Mk. für Gaslicht bezahlen mußte. Ferner müssen sie Hausnechtsgebühren in der Höhe von 1 Mk. pro Woche bezahlen. Ungerechnet sind noch die hohen Polizeistrafen, welche die Droschkenführer im Interesse des Geschäftes auf sich nehmen müssen. Ferner ist es schon vorgekommen, daß die Deichsel, die durch den Sturz des Pferdes abbrach, vom Kutscher bezahlt werden mußte. Um das alles reduziert sich das Einkommen der Kutscher.

Bei den Chauffeuren ist das Arbeitsverhältnis kein Deut besser. Hier wird lediglich ein Wochenlohn von 80 Mark und alle 14 Tage ein freier Tag verlangt. Die Arbeitszeit ist so ziemlich geregelt, da sich zwei Chauffeure abwechseln. In verschiedenen Betrieben wird das alles schon gewährt. Daß gerade diese Herren die minimale Forderung genehmigen können, geht aus nachstehenden Einnahmestellen hervor. Eine Automobildroschke erzielte in 84 Wochen eine Einnahme von 13 163,20 Mark, eine andere eine Jahreseinnahme von 21 433 Mark. Ein anderer Chauffeur brachte seinem Herrn in 58 Tagen die höchste Summe von 8 113,10 Mk. nach Hause. Auch hier muß der Chauffeur das Hauptrisiko übernehmen. Polizeistrafen in einzelnen Fällen bis zu 80 Mk. sind keine Seltenheit. Außerdem wird ihnen, wenn das geringste passiert, ohne erst ein gerichtliches Urteil abzuwarten der Fahrchein entzogen. An Tagelohn hatten die Chauffeure bisher pro Tag 2 Mk. und 10 pCt. der Einnahme. Für das Reinkommen der Automobildroschke mußten sie in der Woche 3,50 Mk. bezahlen. Bleibt also nach Abzug des Krankengeldes vom garantierten Wochenlohn 23,50 Mk. War der Wagen defekt, so wurde der Chauffeur in der Garage beschäftigt und erhielt dann lediglich 2 Mk. täglich. Vollständig unmehr ist es, daß Trinkgelder in der Höhe von 4 Mk. fließen. Bei Ueberlandfahrten, wo sie für den Prinzipal 100 und 150 Mk. verdienen, erhalten sie oftmals nichts, dann 2 und 3 Mk. Rechnet man jedoch die teure Verpflegung, so verbleibt dem Chauffeur für seine Unterhaltung lediglich der Lohn. Dies ist der wahre Sachverhalt. Wenn die Organisation eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt, geschieht es auch im Interesse der Verkehrsicherheit und somit auch im Interesse des Publikums. Die Unfallversicherer gerade in diesem Beruf spricht eine deutliche Sprache.

Der Innungsverband verlangt von den Gehilfen, daß sie selbst unterhandeln. Er jedoch braucht den Arbeitgeberverband dazu. Nach ihrer Auffassung haben nur die Arbeitgeber das Recht sich zu organisieren, nicht aber die Arbeitnehmer. Sie muten den Gehilfen zu, mit einer Kommission zu verhandeln, die teils aus Innungsmitgliedern, teils aus Nichtinnungsmitgliedern und teils aus ausgesprochenen Mitgliedern der Innung besteht. Wollen die Herren wirklich den Frieden, so müssen sie den Gehilfen das gleiche Recht einräumen, und mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband verhandeln, in dem die Gehilfschaft organisiert ist.

Handelsarbeiter.

Berlin. Buchhandlungsmarkthelfer. Wollen aus den Kolportage- und Lesepöbeln. Nach der erfolgreichen Lohnbewegung der Kollegen dieser Branche in Leipzig wurde auch hier der Versuch unternommen, die in diesem Berufe tätigen Kollegen der Organisation zuzuführen und mit Hilfe derselben bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Es fanden in kurzen Abständen drei Versammlungen statt, welche leider stets schwach besucht waren, trotzdem die Kollegenschaft nicht auf Rosen gebettet ist, überaus lange Arbeitszeit und traurige Bezahlung ist das Los der Handelsmarkthelfer in den Buchhandlungen Berlins. Selbst die Kollegen aus den Vororten, in welchen mit Hilfe unserer Organisation bereits annehmbare Verhältnisse geschaffen wurden, fanden es nicht für nötig, in den Versammlungen zu

erscheinen. Die Kollegen bei den Firmen Heymann's Verlag, Verlagsabteilung der "Wache" (Scherl), Buchhandlung "Vorwärts" u. a. blühen durch Abwesenheit, trotzdem dieselben stets durch Handzettel eingeladen waren und es für ihre Ehrenpflicht halten müßten, recht rege für den weiteren Ausbau unserer Section zu arbeiten. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, die Betreffenden an ihre Pflichten der Organisation gegenüber zu erinnern.

In der ersten Versammlung wurden die Errundenschaften der Leipziger Kollegen ausführlich geschildert, die Versammelten erklärten sich mit dem Gehörten einverstanden und beauftragten die Vertreter des Transportarbeiterverbandes weitere Schritte zu unternehmen, um die Kollegen, welche zum großen Teil noch lokalen Vereinigungen angehören, durch Aufklärung für uns zu gewinnen.

Der Besuch der zweiten Versammlung war schon etwas besser, trotzdem man unserem Zettelverteiler von dem Grundskizze der Buchhändler-Korporation (Buchhändlerhof) fortjagte, und als er wieder auf dem Platze erschien, polizeilich festhalten ließ. Auch war es denn auf der Besessenschaft der Berliner Buchhandlungen tätigen Kollegen, wie uns aus der Mute der Versammelten versichert wurde, unersagt worden, die Versammlung zu besuchen. Ein Kollege sprach über das Thema: "Wir verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse?" und fand mit seinen Ausführungen allgemeinen Beifall. In der Diskussion wurden die Missstände in einzelnen Firmen einer eingehenden Kritik unterzogen. Recht freudig führten einige Redner aus, daß die Schuld daran nur die Kollegen selbst tragen, wenn sie anstatt sich in allen möglichen Unterstüßungs- und Alibiverbindungen herumzukleben, der modernen Organisation anschließen würden; dann wäre es ein Leichtes, auch hier gesunde und bessere Verhältnisse zu schaffen. Des weitern nahm auch ein "Kollege" von der Bestellanstalt das Wort und versuchte das Verhalten des Vorsehers dieses Instituts unserem Zettelverteiler gegenüber zu rechtfertigen. Auf die an diesen Herrn gerichtete Anfrage, weshalb er als "Einziger" von den dort tätigen Kollegen am Ende sei, erklärte er, daß er aus eigenem Interesse gekommen und nicht, wie allgemein angenommen würde, als "Beauftragter" der Bestellanstalt. Unserer Geschäftsleitung ist es gleichgültig, ob die Angefertigten Versammlungen besuchen oder sich organisieren", behauptete er ganz lässig; natürlich glaubte nicht einer der Anwesenden an dieses Märchen. Um die Agitation erfolgreich betreiben zu können, wurde eine Agitationskommission bestehend aus fünf Personen gewählt.

"Die Notwendigkeit der Einheitsorganisation", schloß ein Kollege in der dritten Versammlung. Die beiden Lokalvereine waren eingeladen; erschienen waren die Vertreter des Markthelfervereins "Novität", während der Verein Berliner Buchhandlungs Markthelfer" durch Abwesenheit glänzte. In markanten Äußerungen behandelte der Referent die Entwicklung der Arbeiterorganisationen, wies dann auf den Zusammenschluß der verschiedensten Lokalvereine an die Zentralverbände hin und machte dann auf das geschlossene Auftreten der Unternehmerorganisationen aufmerksam. Mit einem warmen Appell an die Versammelten, auch in den Reihen der im Buchhandel tätigen Kollegen für den Anschluß der bestehenden Lokalvereine an den Deutschen Transportarbeiterverband zu wirken, schloß er seine Ausführungen.

In der Diskussion erklärten sich die Vertreter des Vereins "Novität" mit den Ausführungen einverstanden, aber von einem Aufgeben ihres Vereins in den Zentralverband wollten die Kollegen nichts wissen. Ein Teil der Mitglieder gähnte unserer Organisation bereits an; auch erklärten sie sich bereit, dafür zu sorgen, daß die übrigen Mitglieder sich unserem Verbande noch anschließen, aber ihr Verein soll bestehen bleiben. Das einige tausend Mark betragende Vermögen bildet auch hier den Hauptgrund, weshalb die Kollegen ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben wollen. Unsererseits wurde von dem Kollegen Schmaß und Luckow die Erklärung abgegeben, daß es uns nicht um das Geld, sondern nur um die Mitglieder zu tun sei, denn um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, brauchen wir nur die Kollegen, für alles andere sowie die Verbandskasse. Das vorhandene Vermögen würde den Ueberretenden sichergestellt werden, genau so, wie seinerzeit die 70 000 Mk. des ehemaligen Vereins Berliner Markthelfer, welche nur im Interesse der übergetretenen Mitglieder derselben verwandt werden dürften.

Wir hoffen nun, daß die Aussprachen, welche hierüber noch stattfinden sollen, von Erfolg gekrönt sein mögen.

An uns muß es nun liegen, die Kollegen davon zu überzeugen, daß wir es recht und ehrlieh mit ihnen meinen; haben wir den Kollegen vom Verein "Novität" den Beweis erbracht, dann werden auch die Mitglieder des "alten Markthelfervereins" für unsere Ideen zu haben sein und Fühlung mit uns nehmen, zum Wohle aller Kollegen aus dem Buchhandel.

Darum frisch ans Werk, agitiert und immer weiter agitiert, bis der letzte Kollege für uns gewonnen. Vereint sind wir nicht, vereint als geschlossene und kompakte Masse bilden wir eine Macht, an welcher sich die Unternehmerverbände den Schädel einrennen werden. Also, h. ein in die Organisation, das sei unsere Parole. Zum Sieg brauchen wir den letzten Mann.

Lissa i. P. Die Firma Hohnstein, Fahrradartikel zc. beschäftigt einen Lausbürschen für 7 Mk.; dieser taumt der Schule entwachsene Knabe fuhr am Sonnabend, den 15. Februar mit einem Handwagen ca. 4 Zentner Ladung nach dem Güterbahnhof, blieb aber an der Station stehen. Schreiber dieses half dem armen Teufel den Berg hinauf; der Junge sah aus, als ob er jeden Augenblick zusammenbrechen müsse und sagte, er wolle nicht mehr, weil er für 7 Mk. arbeite. So ruiniert der Kapitalismus die Jugend! Hier kann nur die Organisation helfen. Deshalb

Mann für Mann hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Stützer. Das Ortsgesetz, den Kleinhandel mit Heizungsmaterial an Sonn- und Festtagen betreffend, hat die behördliche Genehmigung gefunden und ist vom Gemeindevorstand veröffentlicht worden.

Auf Grund von § 105b Absatz II der Reichs-Zerwerbeordnung wird die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Kleinhandel mit Heizungs-material an Sonn- und Festtagen in diesem Orte untersagt.

Das Ortsgesetz II auf Grund des § 142 Abs. I der Reichs-Zerwerbeordnung von der Amtshauptmannschaft genehmigt worden.

Transportarbeiter.

Herr Emil Beck hat jetzt auch als Obermeister der Berliner Fuhrherren-Vereinigung endgültig abgewirtschaftet.

In der Fuhrherren-Vereinigung hat der seit 1892 als Obermeister amtierende Herr Emil Beck, beehelust durch mannigfache Vorkommnisse und die Verwaltung der Innung betreffenden Aussprachen, sein Amt niedergelegt und ist an dessen Stelle Herr G. Pannach zum Leiter der Innung ernannt worden.

Armer Beck! Auch die Fuhrherren haben jetzt die Nase gründlich voll von deiner Tätigkeit. Höher geht's nimmer. Jetzt ist Herr Beck nur noch Scharfmacher-Wanderapostel.

Frankfurt a. O. Ein Paradies für Arbeiter ist unstreitig die hiesige Matzfabrik von Reimann nicht nur in der Bezahlung sondern auch sonst. Sehen wir uns die Verhältnisse mal ein bißchen näher an.

Mey. Die gegenwärtige Krise macht sich auch hier recht fühlbar, in den letzten Wochen wurden mehrere Entlassungen und Arbeitszeitverlängerungen vorgenommen.

Diese gegenwärtige Krise und Arbeitslosigkeit versucht ein hiesiger Unternehmer auszunutzen, er ließ in der Meyer Zeitung nachstehende Annonce los:

Kutscher

gesucht, solid und fleißig, der Vollblut fahren kann und alle freie Zeit in Weinstube mitarbeit.

Wein- und Sektellerei C. Grabau & Co., Mey. Die Kritik dieser Annonce überlassen wir den Kollegen.

Mitzdorf. Den Fuhrherren hier am Orte scheint der Ramm mächtig zu schwellen; die allgemeine Krise, welche sich im Baugewerbe besonders bemerkbar macht und da-

durch einen gewaltigen Druck auf unsere Kollegen Kutscher ausübt, kommt jenen Herren wie gerufen.

Durch das große Angebot billiger Arbeitskräfte fühlen sie sich als Herren der Situation und versuchen namentlich dem Kutscher ihre Macht fühlen zu lassen.

Der Fuhrherr Mette, Hermannstr. 224, beschäftigt etwa 16 Kollegen. Wir haben festgestellt, daß dieselben Sonntags nach 10 Uhr, also während der Kirchzeit, auf dem Hofe, also öffentlich bemerkbar, alle möglichen Arbeiten verrichtet haben.

Wir erlauben uns die höfliche Anfrage, Herr Mette: wo bleiben die Strafgelehrten, welche in Höhe von 2 und 8 Mk. den Kutschern in Abzug gebracht werden, welche Sonntags fehlen?

Laut Gesetz müssen derartige Strafgelehrten im Interesse und im Einverständnis mit den im Betriebe beschäftigten Personen zu ungewinnlichen Zwecken verwendet werden.

Die Kollegen, welche zu Mittag mit ihrer Arbeit fertig sind, bekommen nur für den halben Tag Lohn. Auch dies, Herr Mette, ist ungeschicklich.

Doch was kümmern den Unternehmer die Gesetze, an erster Stelle hat er seinen Vorteil im Auge. An euch, Kollegen, richten wir die Aufforderung: Hinein in die Organisation, damit die Bäune jener Herren nicht in den Himmel wachsen.

Kostock. Infolge Uebereinkommens zwischen den organisierten Möbelhilfsarbeitern und den Spedituren ist ein Stundenlohn von 60 Pfg. vereinbart worden.

Waldenburg i. Schles. Der Schlester ist ein Vereinsmeier, das muß er sich bei jeder Gelegenheit sagen lassen.

Wenn aber auch die Löhne in einzelnen Betrieben durch unsere Organisation aufgebessert worden sind, so gibt es doch noch unendlich viele Kollegen, welche mit einem wahren Hungerlohn abgespeist werden.

Wer gerecht denkt, wird zugeben müssen, daß die hiesige Zahlstelle des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in der kurzen Zeit ihres Bestehens erhebliches an Unter-

Holt nun aber auch das Versäumte nach, damit in diesem Jahre nicht nur einige Betriebe, sondern alle Kollegen vorgehen können.

Wollen wir uns schützen vor Not und Sorge, haben wir das feste Bewußtsein, unser Leben zu verbessern, dann kann es nur eins geben:

„Hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband! Jeder denkende Mensch handle danach.“

Oeffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Birnbäum. Am Sonntag, den 23. Febr., fand eine öffentliche Transportarbeiter-Versammlung statt, in welcher ein Kollege aus Posen über das Thema: „Können wir bei den Hungerlöhnen und der fortschreitenden Teuerung wie Menschen leben?“ referierte.

Redner kritisierte die Löhne im Birnbäumers Transportgewerbe, da doch bei 12-14 Mk. pro Woche bei der heutigen Teuerung an ein Auskommen nicht zu denken sei.

Die Arbeitgeber nützen die Kräfte der Arbeiter aus, bis sie alt und schwach werden, dann bekommen sie einen Fußtritt und können betteln oder stehlen gehen.

Der Arbeiter hat von seiner Seite als von seiner Organisation etwas zu erwarten. Justitia, Polizei und Arbeitgeber sind eng alliiert und halten zusammen, das haben uns unverständliche Urteile gegen Arbeiter bewiesen.

Es fand dann noch eine kurze Diskussion statt, in welcher die Redner sich im Sinne des Referenten aussprachen.

Nachdem der Referent noch im Schlusswort die anwesenden Berufskollegen zum Eintritt in den Deutschen Transportarbeiterverband sowie um Unterstützung des Lokals, dessen Wirt unter den Schikanen der Polizei und anderer Reaktionsäre sehr zu leiden hat, ferner auch zum Abonnement auf die Arbeiterpresse „Volkswacht“ aufgefordert hatte, fand Schluß der Versammlung statt.

Breslau. In unserer letzten Mitglieder-Versammlung hielt der Gauleiter einen Vortrag über das Thema: „Unsere Stellungnahme zu dem neuen Gesetzesentwurf betr. Arbeits-

Redner wies darauf hin, daß die Unternehmer schon lange ihre Interessensvertretung haben, nur den Arbeitern will man diese nicht zubilligen, trotzdem erstere in jeder Weise wirtschaftlich im Vorteil sind.

Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Referenten vollkommen bei und beschloß eine Petition an den Reichstag zu senden, in der wir fordern:

Keine Arbeiterkammern für alle gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der im Handelsgewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen und der Dienstboten; und ein gleiches direktes und geheimes Proportional-Wahlrecht hierfür.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Bericht vom 4. Quartal 1907, verweist der Vorsitzende auf den Jahresbericht, der gedruckt vorlag und auch die beste Uebersicht über das 4. Quartal gibt.

Zum Jahresabschluss ist zu bemerken, daß leider ein sehr geringer Teil Kollegen sich an der Agitation und Aufnahme neuer Mitglieder beteiligt hat.

Die Kassenverhältnisse dagegen haben sich gebessert.

Nachdem Kollege Vogsch noch einiges erwähnte, erfolgte die von den Revisoren beantragte Decharge-Erteilung für die gesamte Ortsverwaltung, was auch einstimmig geschah.

Zur Neuwahl gab der Gauleiter bekannt, daß es sich notwendig erweist, von nun an auch einen 2. Kassierer zu ernennen.

Es wurden folgende Kollegen gewählt: Josef Riebel zum 1. Bevollmächtigten, Herrn Wittke zum 2. Bevollmächtigten, Paul Senf zum 1. Kassierer, Heinrich Bräuner zum 2. Kassierer, Fritz Vogsch zum 1. Schriftführer, Franz Hiewald zum 2. Schriftführer.

Zum Schluß erwähnte nochmals der Gauleiter zu eifriger Mitarbeit, damit wir in diesem Jahre bessere Fortschritte machen.

Frankfurt a. M. Am 19. Februar fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, deren Tagesordnung hauptsächlich über die Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit im Jahre 1907 bildete. Der Berichterstatter Kollege Hubert wies zunächst darauf hin, daß das Berichtsjahr eine besonders angeregte Tätigkeit erforderte. Kein vorhergehendes Jahr ist in Bezug auf Kämpfe und Erfolge mit 1907 zu vergleichen. Durch die anfangs des Jahres noch herrschende günstige Konjunktur kamen die Kollegen in den meisten Orten des Gau's in den verschiedensten Branchen dazu, auch für sich eine Verbesserung ihrer Lage zu erstreben und so legten denn die Lohnbewegungen so zahlreich ein. Im ganzen Jahre fanden im Gau 62 Lohnbewegungen und eine Aussperrung statt. Davon waren 34 Angriffsbewegungen ohne Arbeitsunterbrechung, während bei 25 Angriffen die Arbeitsunterbrechung erfolgen mußte. In 5 Fällen handelte es sich um Abwehrbewegungen mit Arbeitsunterbrechung. 59 Bewegungen gingen erfolgreich für die Beteiligten aus, während nur 4 keinen momentanen Erfolg aufzuweisen hatten. Hieraus ist zu ersehen, daß alles daran gesetzt wurde, um die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter denen die Kollegen im Transportgewerbe meist noch zu leiden haben, zu verbessern. Durch die große Zahl der abgeschlossenen Tarife sind neben allen anderen Vergünstigungen bedeutende Summen an Mehrlohn den Unternehmern abgegangen worden, auch sind die Kollegen in der zur Zeit herrschenden Krise vor zu großer Lohnbrückerlei geschützt. Der Haupterfolg jedoch, welcher vorwiegend dem Gau 16 zuzuschreiben ist, ist die Gründung des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes im Transportgewerbe. In der Art der Kampfesweise jener Organisation erblickt die zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariat im Transportgewerbe für sich einen Förderer von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Während früher nur langsam und schwer der Organisationsgedanke unter dieser Arbeiterkategorie Fuß fassen konnte, haben wir es heute nicht mehr mit Mittäufelern zu tun, sondern mit im Kampf erprobten, überzeugten Gewerkschaftskollegen, die sich durch Machtnationen des Unternehmerverbandes niemals von dem eingeschlagenen Weg abdringen lassen werden. Daß der innere Ausbau gute Fortschritte gemacht hat und die Opferfreudigkeit erheblich gestiegen ist, beweist, daß die einzelnen Verwaltungsstellen in höhere Beitragsklassen gerückt sind und daß im 2. Quartal eingeführte Strecktarife von fast allen Mitgliedern geklebt wurde. Die Zunahme an Mitgliedern ist als ganz annehmbar zu bezeichnen. Am Jahres-schluß 1908 wurden 2977 vollzahlende Mitglieder gezählt und am Schluß des Berichtsjahres waren es deren 4196, also ein Mehr von 1200 Mitgliedern. In demselben Maße ist auch die Beitragsleistung gewaltig gestiegen. Im Jahre 1908 wurden 94 064 Beitragsmarken verkauft, 1907 dagegen 151 000, also ein Mehr von 87 000.

Die Gründung von zwei neuen Verwaltungsstellen, Homburg und Diebenhofen, ist zu verzeichnen, so daß der Gau 16 mit 27 Bezirksstellen einer der größten Gauen in der Organisation bildet. Durch die große Anzahl der Lohnbewegungen kam es auch oft mit Polizei und Gericht zu Konflikten, Neunmal mußte der Gauleiter auf der Anklagebank Platz nehmen, jedoch erfolgte in allen Fällen Freisprechung. Durch den enorm gesteigerten geschäftlichen Verkehr erfuhren auch die Büroräume eine bedeutende Vergrößerung und Vervollkommnung in Bezug auf innere Einrichtung. Die gesamten Posteingänge betragen 1071, darunter 29 Telegramme. Die Zahl der Ausgänge erreichte 1808. Schriftstücke wurden für Mitglieder 10 angefertigt, außerdem 8 Eingaben an Behörden. Die Agitation war eine sehr lebhaft. Es wurden abgehalten 219 Versammlungen und 168 Besprechungen und Sitzungen. Der Gauleiter war ferner an 47 Tagen für die Partei im Anspruch genommen. Besonders zu bemerken ist noch, daß sich im Berichtsjahre in fast allen Orten die Möbeltransportarbeiter und in Frankfurt a. M. in den meisten Betrieben die Expeditionskutscher der Organisation angeschlossen haben. Diese Kollegen erzielten gute Erfolge und blieben der Organisation auch treu. Ebenso organisierten sich in einer Reihe von Städten die Zeitungsträgerinnen, wobei zu konstatieren ist, daß diese Mitglieder ganz vorzüglich an der Organisation teilhaben. Weiter ist zu bemerken, daß der mit den Konsumvereinen abgeschlossene Tarif überall, mit Ausnahme von Frankfurt a. M., ein gutes Einvernehmen zwischen den Geschäftsleitungen und den Arbeitern gezeitigt hat. An diesen Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, die allgemeine Zufriedenheit mit den erzielten Erfolgen ergab, worauf die Neuwahl des Vorstandes auf die Kollegen Hopf, Nahmer, Arnold und Jahraus fiel. Der nächste Punkt der Tagesordnung, Erhöhung der Beiträge, wurde der Vertrauensmänner-Korporation überwiesen. Die Ergänzungswahl eines Kassierers fiel auf den Kollegen Schneider.

Griß. In der am 19. Februar stattgefundenen Generalversammlung hielt zuerst Genosse Eohn einen Vortrag: „Freiheitskämpfe und Arbeiterbewegung“. Er wies in eindrucksvoller Rede die Zusammengehörigkeit der Bestrebungen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter mit der geistigen Aufklärung derselben nach und forderte die Kollegen auf, aus ihrer Weltanschauung die Konsequenzen zu ziehen. Die Arbeiter unterstützen mit ihren schwer verdienten Groschen durch Zahlung der Kirchensteuer noch ihre Gegner. Auch die Diskussionsredner vertraten diese Ansicht.

Dann gab der Kassierer den Bericht vom vierten Quartal sowie den Jahresbericht 1907.

Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Einnahme von 1469,06 Mk., es verblieb ein Klassenbestand von 374,51 Mk. Die Jahreserlöse betragen 5130,17 Mk., davon wurden 3440,43 Mk. an die Hauptkasse teils in Beträgen, teils in bar eingesandt. Die Mitgliederzahl hat sich von 289 auf 241 im Laufe des Jahres vermehrt. Gemeldet wurden im Arbeitsnachweis 34 Stellen, besetzt 20 Stellen. Die Bibliothek wurde von 28 Kollegen benutzt. Die Berichte wurden von der Versammlung genehmigt, doch wurde gewünscht, die Bibliothek eifriger zu benutzen, als wie es im verflorenen Jahre der Fall war. — Das Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß

von 78,78 Mk., von welchem dem Arbeiterturnverein 8,78 Mk. und der Arbeiterjüngervereinigung 5 Mk. für ihre Mitwirkung überwiesen wurden. — Der Schaffung einer Zentralbibliothek für das Gewerkschaftskarteell wird im Prinzip zugestimmt, doch wärlich der Verband das Eigentumsrecht an seinen Büchern. Es folgt dann noch die Regelung einiger interner Angelegenheiten und wird beschlossen, die nächste Versammlung an einem Sonntag Nachmittag abzuhalten.

Leipzig. In der Versammlung am 21. Februar sprach der Gauleiter aus München über die Kämpfe und Erfolge der dortigen Expeditionskutscher. Nach den fortwährenden Einzelskämpfen unserer Münchener Berufsleute gründeten die Unternehmer in vorigen Jahre einen Unternehmerverband; sie glaubten, dadurch mit einem Schlage die so vielfach verhasste Organisation vernichten zu können. Nachdem im Frühjahr vorigen Jahres die Lohnbewegung der Kohlenarbeiter durch den Verrat der Christlichen verloren ging, glaubten die Unternehmer die Zeit für gekommen, mit Hilfe dieser Leute auch die Bewegung der Möbeltransportarbeiter illusorisch zu machen. Doch hier hatten die Unternehmer die Rechnung ohne die Expeditionskutscher gemacht, die sehr gut organisiert waren und nunmehr den Kampf gemeinsam unterstützen. Eine brutale Verhöhnung der Kollegen leitete sich die Unternehmer obendrein damit, daß sie den Kollegen nunmehr weniger Lohn zahlen wollten, als diese schon vor dem Streik erhalten hatten. Auch die Münchener Polizei tat sich in sonst nie gewohnter Weise bei diesem Streik hervor und versuchte durch massenhafte Verfügungen von Strafmandaten den Kampf zu erschweren. Da nun die so sehr ersehnten Arbeitswilligen ausblieben, griff sogar die Regierung ein, indem sie 350 Staatsarbeiter gegen ihren eigenen Willen zwang, Streitarbeit zu verrichten. Als aber unsere Genossen im Landtag dagegen Beschwerde erhoben, sah sich die Regierung endlich veranlaßt, den Unternehmern aufzugeben, die sehr beschwerlichen Forderungen zu bewilligen, was denn auch halb geschah und mühen der Sieg auf unserer Seite war. Nachdem in der Diskussion darauf hingewiesen wurde, die gemachten Ausführungen zu beherzigen und recht rege Propaganda für die Organisation zu entfalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Leopoldshall-Stafffurt. Sonnabend, den 15. Febr., fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Dieselbe war gut besucht und zwar von Kollegen, die bisher dem Verbands fern standen, von den ständigen Mitgliedern fehlten hauptsächlich die Leopoldshaller Kollegen. Einleuchtend wünscht, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt der Kollege Holz als Bevollmächtigter einen dreiviertelstündigen Vortrag über Zweck und Ziele des Verbandes. Der gut durchdachte Vortrag machte einen guten Eindruck auf die Anwesenden und erntete Kollege Holz reichen Beifall.

Eine rege Diskussion entfaltete sich. Kollege Holz verstand es, nach jeder Richtung sachlich zu widerlegen. Zehn neue Kollegen wurden aufgenommen.

Hierauf erstattete der Bevollmächtigte Bericht über den Erfolg der Zahlstelle seit ihrem Bestehen sowie über Einnahmen und Ausgaben. Verkauft wurden 826 Marken à 80 Pf., ergibt an bar 247,80 Mk. Streckfondsmarken 18 Stück 8,90 „ Aufnahmegebühr von 18 Kollegen 18,— „

Summa 269,70 Mk.
Dortliche Ausgaben abzügl. 55,81 „
verbleibt bar 213,89 Mk.
Davon an die Hauptkasse gesandt 200,85 „
Bleibt ein Bestand von 13,04 „

Als Bevollmächtigter wurde Kollege Carl Holz einstimmig wiedergewählt. Als Kassierer Koll. Franz Willendorf, Stafffurt, Förderstedterstr. 26. Als Schriftführer Koll. Bernhardt. Als Revisoren G. Oswald Schüge und Gustav Vorwerk. Die Entfaltung der Agitation wurde dem Kollegen Holz überlassen.

Der Bevollmächtigte forderte die Kollegen auf, tatkräftig zu agitieren, jeder Kollege müsse Agitator sein, um die gute Sache des Verbandes zu fördern.

Offenbach. In unserer am 12. Februar stattgefundenen Generalversammlung gab zunächst Kollege Müller den Geschäftsbericht. Derselbe war sehr reichhaltig und wurde hierbei besonders auf die Laune unserer Kollegen, in bezug auf Mitgliedergewinnung, hingewiesen. Es wurde besonders gerügt, daß die Kollegen, die doch die Vorteile der Organisation in den letzten zwei Jahren ganz besonders genossen haben, jetzt vollständig absteils stehen, die Hände in den Schößen legen und den Vorstand allein arbeiten lassen. Sie sagen sich einfach, „na wir haben ja“, ja gewiß sie haben, aber die ändern wollen und sollens auch haben, deshalb ist es Pflicht, daß jeder mitarbeitet und besonders die vorgeannten Kollegen. Auch durch den anwesenden Gauleiter wurde den Kollegen nahe gelegt, daß es jetzt ernstere Arbeit gibt als persönliche Verunglimpfungen. Wir wollen nur an die Treiberer des A. W. D. Arbeitgeberverbandes denken und dessen Vorhaben beobachten, da gibt es genug zu tun. Der überaus schlechte Versammlungsbesuch wurde ebenfalls gebührend gekennzeichnet und darauf hingewiesen, daß es den Kollegen doch möglich sein muß, einmal im Monat eine Versammlung zu besuchen. Wenn die Zeit vorhanden ist, sich in anderen Lokalen aufzuhalten, Karten zu spielen und dergleichen, so muß es auch für die Organisation Zeit geben und wollen wir wünschen, daß die Mitglieder, dies beherzigen. Hierauf gab Kollege Müll den Klassenbericht und mußte auch hierbei bemängelt werden, daß einige Säumige an pünktlicheren Zahlen zu gewöhnen sind. Das Verhalten einiger Kollegen nach dem Streik der Bauhülfeleute, wurde besonders gekennzeichnet, da dieselben ihre Lohnherhöhung, veranlaßt durch unsere Organisation, wohl einsehten, eben-

falls ihre Unterstüßungen genossen, so lange es ging und nachher dem Verbands den Rücken lehrten. Besonders zu merken sind die Herren Müll, Heidenreich, Richter, Müller und Ernst. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Nob. Müller als 1. Vorsitzender, Kollege Martin Weib, 2. Vorsitzender, Kollege Ludwig Müll, Kassierer, Kollege Anton Vetter, Schriftführer, und die Kollegen Heinz, Müll, Grimm, Geburath als Stellvertreter gewählt.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Schluß und geben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, daß der Abschluß des neuen Jahres ein besserer sein wird, als der des alten. Allgemeine Heiterkeit erregte noch die Mitteilung von der Gründung eines neuen Kutschervereins. Ueber denselben werden wir in nächsten Zeit eingehend berichten. Für die Mitglieder ist noch zu bemerken, daß die beschlossene Agitation unter den uns fernstehenden Kollegen in der nächsten Woche mit der ersten Versammlung beginnt und daß jeder verpflichtet ist, sich daran zu beteiligen.

Soziales:

Das Land der Hungerlöhne und der höchsten Lebensmittelpreise. Eine amtliche Denkschrift des englischen Handelsministeriums über die Wochenlöhne von Arbeitern gleichen Grades und ungefähre gleiche Qualifikation in den einzelnen Staaten beweist wieder einmal, inwiefern das Wort von der „gesicherten Existenz des deutschen Arbeiters bis ins hohe Alter“ Verheißung hat.

Es erhielten Wochenlohn:

Der amerikanische Arbeiter	46,38 Mk.
„ englische	33,84 „
„ französische	25,45 „
„ belgische	22,42 „
„ schweizerische	21,66 „
„ deutsche	19,90 „

Es gaben aus für Nahrungsmittel wöchentlich:

Der amerikanische Arbeiter	17,66 Mk.
„ englische	15,65 „
„ schweizerische	12,00 „
„ französische	11,48 „
„ belgische	10,84 „
„ deutsche	9,32 „

Es blieben also zur Befriedigung anderer Bedürfnisse übrig:

Dem amerikanischen Arbeiter	28,72 Mk.
„ englischen	18,20 „
„ französischen	13,97 „
„ belgischen	11,58 „
„ deutschen	10,58 „
„ schweizerischen	9,66 „

Unter den wichtigsten Industrieländern bleibt demnach Deutschland das typische Land der Hungerlöhne und auch zugleich das Land der höchsten Lebensmittelpreise. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht in dem Lande, wo die herrschende Klasse Tag und Nacht um das Wohl und Wehe der arbeitenden Klassen „beforgt“ ist.

Soeben erschienen:
Dreher-Schumann:
Die ökonomischen Vorbedingungen und das Werden der Organisation, ein Auschnitt aus der Geschichte der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Bewegung.

Hauptabschnitte des Inhalts: Die ökonomischen Vorbedingungen der Organisation. — Das Werden der Organisation. — Das Wirken der Organisation.

Als Anhang: Tabellarische Uebersicht und graphische Darstellung der Organisationsentwicklung.

Der Preis des gebundenen Exemplars ist für Verbandsmitglieder auf 3 Mk. festgesetzt. Für den Buchhandel kostet das Werk 5 Mk.

Jeder Kollege, der ein tüchtiger und erfolgreicher Agitator für unsere Berufsbewegung werden will, muß sich dieses grundlegende Werk anschaffen.

Bestellungen nimmt die Verlagsbuchhandlung „Courier“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, entgegen.

Beranwortl. Redakteur: Franz Rettig, Berlin. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Verltn. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Kbalbertstr. 37.

Das Kost- und Logiswesen.

Unter diesem Titel ist soeben eine Bearbeitung von Richard Calver im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen. Im Vorwort, welches durch die Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges gezeichnet ist, wird in kurzen Strichen die Entstehung dieser umfangreichen Arbeit geschildert. Die Kommission veranfaßte im Jahre 1905 unter den ihr angeschlossenen Verbänden eine statistische Erhebung zu dem Zwecke, die Zustände zu erfassen, welchen die Arbeiter im Kost- und Logiszwang unterworfen sind. Immer unter der Veranschlagung, daß diese Arbeitsschichten derartigen statistischen Erhebungen wenig zugänglich sind, infolge des mangelnden Bewußtseins ihrer eigenen Lage, ferner, daß der Logiszwang diese Arbeiter bis zu einem gewissen Grade der Deffektivität entzieht, ist diese Erhebung an sich, sowie auch in ihrem Umfange ein beachtenswerter Beitrag zu dem sozialen Glend dieser in Frage kommenden Berufsgruppen.

Einleitend gibt der Verfasser den von der Kommission herausgegebenen Fragebogen wieder, den Wert der einzelnen Fragen, sowie deren richtige oder unrichtige Beantwortung beleuchtend. Leider wurde vielfach festgestellt, daß die einzelnen Fragen nicht in der gewünschten Form ausgefüllt waren, was aber zumeist der mangelnden Intelligenz der Ausfüller zugeschrieben wird. Jedoch gibt das ganze Arrangement der Fragen, die sich ohne Nebenfragen auf 39 belaufen, die Möglichkeit, jeden einzelnen Bogen für sich zu charakterisieren. Calver mußte denn auch nach Durchsicht der Fragebogen davon absehen, den sonst üblichen Modus der Bearbeitung solcher Statistiken zu benutzen. Die Eigenart der Materie und der Fragen, sowie die daraus resultierenden Antworten veranlaßten den Verfasser, gewisse Normen aufzustellen, die man von dem Standpunkte der Hygiene, der Sauberkeit und dem Allgemeinwohl aus, an die Wohnungen der betreffenden Arbeiter unbedingt stellen muß.

Diese Art der Bearbeitung, das sogenannte Ausschreibungsverfahren ist es, was dieser Arbeit einen besonderen Wert gibt.

Die Arbeit ist in zwei Hauptabschnitte geteilt. Der erste Teil zeigt uns eine zusammenfassende Darstellung, welche sich wiederum in fünf Teile zergliedert, wovon wir nur die drei wichtigsten Kapitel hier nennen wollen, die Beschreibung der Räume, Beschreibung der Einrichtung und Wartung, sowie eine Gruppierung der Logis. Der zweite Teil umfaßt eine Darstellung nach Berufen, wobei die Berufe der Bäcker, Fleischer und Gärtner noch gesondert nach Provinzen bearbeitet wurden.

Calver hat an der Hand der verschiedenen ortspolizeilichen Bestimmungen über den Luftinhalt der Schlafräume, sowie nach den Forderungen, die verschiedene wissenschaftliche Hygieniker an einen bewohnbaren Raum stellen, bestimmte Mindestforderungen aufgestellt, die ein bewohnbarer Raum unbedingt erfüllen soll. Wer sich näher in das Studium der Broschüre einläßt, wird finden, daß der Verfasser sehr bescheidene Forderungen aufgestellt hat. Um so höher ist das Ergebnis der Statistik zu bewerten.

In bezug auf den bloßen Raum stellt der Verfasser folgende Anforderungen auf:

1. Die Bodenfläche muß pro Person mindestens 4 Quadratmeter betragen.
2. Der Luftinhalt muß $\frac{1}{5}$ der Bodenfläche ausmachen.
3. Der Luftinhalt des Raumes soll pro Person 20 Kubikmeter betragen.
4. Die Fenster dürfen nicht nach Korridoren, Lichtböfen u. s. w. führen.
5. Der Raum muß heizbar sein.
6. Der Raum muß verschließbar sein.
7. Der Raum darf sich nicht im Keller oder auf dem Boden befinden.
8. Der zugehörige Abort muß in sauberem Zustande und zu jeder Zeit zu benutzen sein.

Auf Grund dieser acht angeführten Anforderungen bildet Calver einen Schlüssel, wonach er die Räume in sechs Gruppen einteilt, je nachdem der Raum einer oder mehreren Anforderungen nicht genügt. Die Methode ergibt eine Klassifizierung der Räume in 256 Grade. Genau in derselben Weise sind auch die Ergebnisse in bezug auf die Einrichtung der Räume und Wartung derselben bearbeitet. In der Bearbeitung werden die Räume in folgender Weise bezeichnet: Gruppe I als einwandfrei, Gruppe II ausreichend, Gruppe III unbefriedigend, Gruppe IV schlecht, Gruppe V sehr schlecht und Gruppe VI als menschenunwürdig.

In bezug auf die Einrichtung der Schlafräume sowie deren Wartung stellt der Verfasser folgende äußerst minimalen Forderungen auf:

1. Jede Person muß ein Bett haben.
2. Die Betten dürfen nicht übereinander stehen.
3. Die Wäsche muß regelmäßig gewechselt werden, und zwar die Bettwäsche mindestens alle 4 Wochen, das Handtuch aber wöchentlich einmal. Bei Personenwechsel muß die Bettwäsche stets neu gewechselt werden.
4. Die Betten müssen täglich gemaht, der Schlafraum muß täglich trocken und mindestens einmal wöchentlich feucht gereinigt werden.
5. Die Betten sollen ungezieferfrei sein.
6. Es muß ein verschließbarer Schrank vorhanden sein.
7. Das Zimmer muß abends genügend zu beleuchten sein.

Da ein Raum schließlich allen Anforderungen entsprechen kann, jedoch in seiner Einrichtung und Wartung alles eher als gut zu bezeichnen ist, sowie auch das Umgekehrte der Fall sein kann, so kom-

binert Calver in seinem dritten Kapitel den Raum mit Einrichtung und Wartung und bezeichnet dieses als Logis. Die Einteilung auf die sechs Gruppen, die wir schon oben nannten, erfolgt hier nur nach 36 Gradnummern.

Nach dieser aufgestellten Bewertungsstala gelangt Calver in bezug auf die bloßen Räume zu folgendem Ergebnis:

Es sind:

	Zahl d. Räume	Zahl d. Bewohner
Einwandfrei	127	213
Ausreichend	369	732
Unbefriedigend	535	944
Schlecht	1881	4556
Sehr schlecht	442	1290
Menschenunwürdig	17	48
Insgesamt	3371	7783

oder in Prozenten ausgedrückt:

	Zahl d. Räume	Zahl d. Bewohner
Einwandfrei	3,76	2,74
Ausreichend	10,94	9,41
Unbefriedigend	16,00	12,13
Schlecht	55,70	58,54
Sehr schlecht	13,10	16,57
Menschenunwürdig	0,50	0,61
Insgesamt	100,00	100,00

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß nur 14,6 Prozent der Räume als einigermaßen befriedigend bezeichnet werden können. Die übergroße Zahl der Räume muß als schlecht oder sehr schlecht klassifiziert werden. Das Schlimme bei dieser Sache ist aber das, daß in den schlechten Wohnungen die meisten Bewohner in Frage kommen. Der Verfasser gibt auch eine Liste der Städte bekannt, wo Logis angetroffen wurden, deren Luftinhalt noch unter 10 Kubikmeter beträgt. Nicht weniger wie 82 derartiger Räume konnten festgestellt werden.

Die Resultate der Erhebungen in bezug auf die Einrichtung und Wartung der Räume ergeben ein gleichfalls trauriges Bild. Es geht über den Rahmen dieser Arbeit, den einzelnen Ergebnissen nachzugehen. Wir heben nur folgendes besonders hervor. Nach den oben aufgestellten Bedingungen, die der Verfasser an die Einrichtung und Wartung der Räume stellt, sind:

	Zahl d. Räume	Zahl d. Bewohner
Einwandfrei	509	955
Ausreichend	497	1199
Unbefriedigend	239	646
Schlecht	1940	4761
Sehr schlecht	209	584
Menschenunwürdig	1	10
Insgesamt	3395	7755

oder in Prozenten ausgedrückt:

	Zahl d. Räume	Zahl d. Bewohner
Einwandfrei	14,99	12,32
Ausreichend	14,65	15,46
Unbefriedigend	7,04	8,33
Schlecht	57,14	56,23
Sehr schlecht	6,15	7,53
Menschenunwürdig	0,03	0,13
Insgesamt	100,00	100,00

Bemerten wollen wir noch, daß in 110 Fällen die Arbeiter kein eigenes Bett hatten, sondern die Lagerstätte mit anderen teilen mußten. Sehr häufig wurde dieses bei den Schneidern festgestellt. Auch das Uebereinanderstehen der Betten ist leider noch stärker in der Mode, wie vielfach angenommen wird.

Die Beurteilung des Logis, also die Zusammenfassung des Raumes und der Einrichtung nebst Wartung ergibt folgendes Resultat:

Es sind:

	Zahl d. Logis	Zahl d. Bewohner
Einwandfrei	48	71
Ausreichend	190	363
Unbefriedigend	486	861
Schlecht	2023	4245
Sehr schlecht	547	1558
Menschenunwürdig	17	47

oder in Prozenten ausgedrückt:

	Zahl d. Logis	Zahl d. Bewohner
Einwandfrei	1,42	0,92
Ausreichend	5,60	4,66
Unbefriedigend	14,54	11,23
Schlecht	61,84	62,15
Sehr schlecht	16,10	20,42
Menschenunwürdig	0,50	0,62

Ueber dieses Ergebnis schreibt der Verfasser: „Es ergibt sich somit als Schlussergebnis, daß 83,19 pCt. aller in Frage kommenden Arbeiter schlecht und darunter wohnen müssen und nur 16,81 pCt. ein erträgliches bis einwandfreies Logis haben. Dabei zeigt sich, daß die ungenügenden Logis härter befeht sind als die besseren. Die sehr schlechten Logis z. B. betragen 16,10 pCt. der Gesamtzahl, in ihnen wohnen aber nicht weniger als 20,42 pCt. der Bewohner.“

Calver zeigt uns in seiner Einzelbearbeitung der Berufe eine Menge Glendbilder. Man ist versucht, einen Teil dieser Katastrophen an das Tageslicht zu ziehen. Glende Kellerlöcher, ohne Luft und Licht, nicht heizbar, noch einen Verschluß aufweisend, durch und durch von Ungeziefer durchsetzt, das sind die Aufnahmestellen Hunderte ja Tausende von Arbeitern.

Aus der allgemeinen Darstellung wollen wir noch folgendes erwähnen. Die Zahl der in der Statistik bearbeiteten Betriebe beträgt 4010, in denen 13 257 Arbeiter beschäftigt waren, wovon nur 1848 beschäftigt waren. Auch ein Zeichen, inwiefern diese Arbeitsschichten noch weit davon entfernt sind, ein „unselbständiges Leben zu führen. Die Unselbständigkeit, die Verbindung der persönlichen Freiheit gestaffelt die Gründung eines eigenen Herdes nicht. Daß wir es hiermit in der übergroßen Mehrzahl mit Klein- und

Zwergbetrieben zu tun haben, wird durch die Tatsache bewiesen, daß auf den einzelnen Betrieb nur 3,3 Arbeiter kommen. Von den 13 257 Arbeitern sind 67,9 pCt. in Kost und Logis, 1628 oder 12,2 pCt. nur in Logis und 494 oder 9,7 pCt. nur in Kost. In den in Betracht gezogenen Betrieben sind also 2126 Beschäftigte, welche nicht im Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber arbeiten und dürfen hier zum größten Teile die Verheirateten einzurechnen sein. Also 83,8 pCt. der Arbeiter unterliegen diesem Zwang innerhalb dieser verhältnismäßig kleinen Zahl von Betrieben. Wir glauben ganz bestimmt, daß der Prozentsatz noch gewaltiger gesteigert würde, wenn es gelänge, statt dieser Stichproben eine allgemeine, alles umfassende Erhebung zu veranstalten.

Eine Begleitzercheinung des Kost- und Logiszwanges wird durch diese Erhebung aufs neue bestätigt. Den Kennern der Verhältnisse ist es bekannt, daß in den Berufen, in denen dieser Zwang herrscht, noch ungeheure lange Arbeitszeiten bestehen.

Auf Grund dieser Ergebnisse, die hier nur recht knapp gestreift sind, dem das Werk umfaßt 225 Seiten, sind im Schlußkapitel gewisse Forderungen aufgestellt, die zum größten Teil der deutschen Arbeiterschaft schon bekannt sind, durch die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses, der zu dieser Materie in einer deutlichen und klaren Weise in Form einer Resolution Stellung nahm. Auch wird darauf hingewiesen, daß unsere heutige Gewerbeordnung in keiner Weise den Anforderungen genügt, die wir in bezug auf das Truchsystem und dessen Abschaffung stellen. Die Erhebungen dieser Kommission haben den Beweis erbracht, daß vier Fünftel aller in Frage kommenden Arbeiter in Logis und Räumen leben müssen, die für Menschen nicht in Betracht gezogen werden dürfen. Im weiteren zeigt uns diese Broschüre, obschon eine statistische Aufarbeitung nicht stattfinden konnte, infolge der Schwierigkeit der Materie und der damit verbundenen mangelhaften Ausfüllung der dießbezüglichen Fragen, daß die Kost in außerordentlich vielen Fällen alles zu wünschen übrig läßt. Die Berechnungen, die für die Kost und das Logis bei der Lohnfestsetzung gemacht werden, entsprechen in den allerjüngsten Fällen den minimalen Aufwendungen.

Wer die traurigen Verhältnisse dieser in Frage kommenden Arbeiterschichten kennt, wird es lebhaft begrüßen, daß die Kommission diese Erhebung veranstaltet hat. Ein greller Lichtschein wird hier in Tiefen Laufender von Arbeiterleben geworfen. Hoffen wir, daß diese ausgezeichnete Arbeit ein Mittglied auf dem Wege wird, den die Kommission schon seit Jahren verfolgt: Böttige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.

Die amerikanische Konsumgenossenschaftsbewegung.

Die Ausschaltung der freien Konkurrenz ist bekanntlich in Amerika, ursprünglich dem Lande des schrankenlosesten Individualismus am weitesten fortgeschritten. Gewaltige Trusts und Kartelle haben ihr Netz über das ganze Land gebreitet und ein Produktionszweig nach dem andern verfällt der Organisation und Monopolisation durch diese modernsten kapitalistischen Entwicklungsformen. Demgegenüber ist die genossenschaftliche Organisationsform der Produktion und Distribution, die in dem Mutterlande England eine so hohe Wöhe erreicht hat, in den Vereinigten Staaten noch ziemlich schwach entwickelt, wenigstens die Bewegung in letzter Zeit offensichtliche Fortschritte gemacht hat und nimmerehr auch eine größere Stabilität erreicht zu haben scheint. Daß der bei allem wirtschaftlicher Egoismus Gemeinheitsvorstellungen aller Art so außerordentlich zugängliche Amerikaner keineswegs ohne Sinn und Talent für das genossenschaftliche Zusammenwirken ist, besonders wenn es etwas sektiererisch gefärbt ist, geht aus einer vom Arbeitsamt des Staates Washington in veröffentlichten kurzen Geschichte der amerikanischen Konsumgenossenschaftsbewegung hervor. Diese Geschichte ist im Grunde genommen nur die Geschichte einer langen Kette rasch aufblühender Erfolge, denen freilich ebenso prompt ein fast vollständiger Zusammenbruch zu folgen pflegte.

Interessant ist dabei die Mannigfaltigkeit der Formen, die die amerikanische Konsumgenossenschaftsbewegung angenommen haben. Der alte, heute noch in manchen Gegenden in hoher Blüte stehende „Verteilungsladen“ kennt weder ein Warenlager noch eine Dividendenverteilung. Eine Vertrauensperson sammelt hier die Aufträge der Teilnehmer und überweist sie einer Großhandelsfirma oder einem sogenannten Kataloghaus. Diese sendet die bestellten Waren zum Engros-Preise an den Verkäufer, der sie mit einem kleinen Aufschlag für seine Unkosten und Mithewaltung an die Mitglieder verteilt. Daß auf diese Weise den Beteiligten nicht unerhebliche Vorteile zugeführt werden können, ist zweifellos, ebenso aber auch, daß diese Methode keine weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der genossenschaftlichen Idee bietet.

Das gleiche trifft für die besonders vor „geheimen“ Gesellschaften angewandte Methode, die ziemlich genau unserem Lieferanten-Rabatt-System entspricht, zu. Diese Gesellschaften schließen Abträge mit Kaufleuten oder Fabrikanten ab, kraft deren ihre Mitglieder bei Einkäufen einen bestimmten Diskont auf alle Waren erhalten.

Neben diesen vielfach variierten Formen finden wir in Amerika aber auch die echte „Kochsalz-Mischung“ mit eigenem Laden, Verkauf zu Tagespreisen an die Mitglieder, (zuweilen auch an Nichtmitglieder) und Verteilung des Ueberflusses nach Abzug einer

firierten Kapitalsdividende nach Maßgabe der Einkünfte, wobei die Nichtmitglieder gewöhnlich den halben Satz der Rückverteilung bekommen wie die Mitglieder. Als eine besondere Art dieser ist noch die „Kolonien-Konsumgenossenschaft“ zu erwähnen, die von Studenten gebildet, diesen Bücher, Schreibmaterialien, Sportartikel usw. besorgt.

Die ersten Anfänge der Bewegung reichen bis in die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück, wo in Neu-England eine Vereinigung von Farmern und Mechanikern einige bescheidene Konsumläden gründete, während in einigen größeren Städten Lieferantengesellschaften bestanden. Eine erste Welle erreichte diese Bewegung in dem 1847 gegründeten „Arbeiter-Schutzverband von Amerika“ der im Laufe weniger Jahre über 700 Konsumabteilungen in den verschiedenen Städten errichtete mit einer Zentralagentur in Boston und einem in den Jahren 1853-58 zwischen 1-1/2 Millionen Dollar schwankenden Gesamtumsatz. Dann kam der durch allerlei innere Schwierigkeiten: mangelnde Geschäftskenntnisse, Zwistigkeiten verursachte und durch den Bürgerkrieg beschleunigte Zusammenbruch, den nur wenige der damaligen Konsumläden überdauerten. In den sechziger Jahren war die Konsumvereinsbewegung in Amerika fast tot, obwohl gerade in diese Zeit das wichtige Ereignis der Verpflanzung der „Kochdaler Genossenschaftsprinzipien“ in die Vereinigten Staaten fällt. Ein Konsumverein in Philadelphia konstituierte sich 1864 nach diesen Grundsätzen, nahm einen raschen Aufschwung und — brach dann zusammen.

Ende der sechziger Jahre ging die Bewegung in rein agrarische Hände über. Bei der raschen Befriedigung der Vereinigten Staaten mit Farmern hatte sich unter diesen ein nicht merklicher Konsumstand herausgebildet, verursacht zunächst durch den starken Preisfall ihrer Produkte infolge der wachsenden Konkurrenz. Indeswärts waren sie der Ausbeutung durch die Krämer überliefert, die von den meist bei ihnen in Schuldbücherei stehenden Farmern ungeheure Zwischenhändlergewinne zogen. Um diesem Uebel zu steuern, bildete sich 1867 ein ursprünglich geheimer Orden, genannt „Das Kornhaus“, dessen vornehmste Aufgabe die Ausbreitung der genossenschaftlichen Organisation unter den Landwirten war. Nachdem man mit dem Abschluß von Lieferantverträgen in den einzelnen Ortschaften wenig Erfolg gehabt hatte, schritt man zur Errichtung von Zentralagenturen in den verschiedenen Staaten, die die von den Lokalen „Kornhäusern“ auf Grund geheimer Preislisten gesammelten Aufträge bestimmten Engros-Firmen oder Fabrikanten zur Ausführung überwiesen. Die Umsätze einzelner dieser „Staatsagenturen“, die durchweg strikt an dem Prinzip der Barzahlung festhielten, waren ganz kolossale — bis zu 1 Mill. Dollar pro Jahr — und ebenso die Vorteile, die sie den angeschlossenen Farmern, deren Zahl sich allmählich auf über 7 Millionen vermehrte, besonders beim Bezug landwirtschaftlicher Maschinen verschafften. Nach einer Berechnung wurden den Landwirten in dem einen Jahr 1874 etwa 12 Mill. Dollar erspart.

Dalb gingen indessen diese Agenturen, gegen die natürlich von den Kaufleuten durch Abschneidung der Bezugsquellen und durch Herabsetzen der eigenen Verkaufspreise stark gearbeitet wurde, und deren Leiter sich auch manche Fehler zu Schulden kommen ließen, sehr zurück, und eine andere Form der genossenschaftlichen Organisation, die Errichtung eigener Konsumläden, wurde von den Granges in ihr Programm aufgenommen. Voll Begeisterung für diese neue Aufgabe schickte man sogar einen Delegierten nach England zum Studium der dortigen Bewegung, während die Satzungen der Kochdaler und andere genossenschaftliche Propagandaliteratur in Hunderttausenden von Exemplaren unter den Landwirten verteilt wurden. Auf einem nationalen Kongreß der Granges 1876 konnte daher auch von dem Bestehen von „Hundertern, ja vielleicht Tausenden“ solcher Konsumläden berichtet werden, die, meist nach Kochdaler Prinzip organisiert, vielfach alles führten, was der Landwirt braucht, angefangen vom Pflüchlein Stenadeln bis zur Dreschmaschine. Pläne zur Einrichtung eines nationalen Systems von Konsumgenossenschaften und zur Gründung einer anglo-amerikanischen Handelsgesellschaft, die zwischen den kooperativen beider Länder Austauschbeziehungen herstellen sollten, tauchten auf. Aber die Bewegung hatte bereits ihren Höhepunkt überschritten. Nach der Panik im Jahre 1873 kamen bessere Zeiten für die Farmer, die ihnen die genossenschaftlichen Ersparrnisse nicht mehr so wichtig erschienen ließen; auch hatten die Krämer zum Vorteil der ganzen Bevölkerung sich vielfach den Preisen der Genossenschaften angepaßt. Da selbstverständlich auch wieder allerhand Fehler gemacht wurden, so verschwand der größte Teil dieser Konsumvereine allmählich wieder von der Bildfläche. Fast die gleiche Entwicklung und das gleiche Schicksal wie die soeben geschilderte hatte die von dem Geheimorden der „Sovereigns of Industry“ im Jahre 1874 ins Leben gerufene Bewegung, die den Arbeitern in den Fabriken dieselben Vorteile bringen wollte wie „Das Kornhaus“ den Farmern. Auch hier erfolgte nach einer rischen und hohen, durch eine intensive genossenschaftliche Propaganda unterstützten Welle alsbald der Rückschlag, der zur Auflösung der meisten vorhandenen Läden führte. Und ebenso erging es den von dem Geheimorden der „Knights of Labor“ errichteten Konsumläden, Werkstätten, Cigarren etc., an die ihre Gründer die Hoffnung einer vollständigen Befreiung des Lohnsystems und seine Ersetzung durch ein genossenschaftliches geknüpft hatten. Auch die von der „Farmers Alliance“ (1886-1892) in den Südstaaten gegründeten Genossenschaften, die sowohl den Einkauf der Bedarfsartikel der Landwirte als den Verkauf ihrer Produkte übernahmen, hatten keinen dauernden Erfolg. Die heute noch von ihnen bestehenden beschränken sich fast gänzlich auf den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

In den neunziger Jahren fand ein neuer Aufschwung der Genossenschaftsbewegung statt, und in diese Zeit fällt denn auch der erste erfolgreiche Versuch der Gründung einer Föderation von Konsumvereinen. Im Jahre 1899 wurde von Vereinen der westlichen Staaten die „Pacific States Consumer's Union“ — hauptsächlich zu Studien- und Propagandazwecken — gegründet, der sich im nächsten Jahre die „Kochdaler Grob-Einkaufsgesellschaft“ angliederte. Die Gesellschaft erzielte 1904 mit einem eingezahlten Kapital von 60 000 Dollar einen Umsatz von 262 000 Dollar, allerdings immer noch ein recht bescheidenes Sümchen! — Ein gleichfalls erfolgreicher Genossenschaftsverband wurde 1900 in Chicago unter dem Namen „Right Relations Ship League“ für die Nord-Zentralstaaten errichtet. Die ihm angeschlossenen Vereine haben ihre geschäftliche Zentrale in der „Cooperating Merchants Company“, einem Unternehmen, dem, wie schon der Name andeutet, größtenteils Privataufkäufer angehören.

Endlich ist noch die von den Vereinen der Kochdaler G.-G. 1904 in St. Louis gegründete „Nationale Genossenschafts-Liga“ zu nennen, deren Zweck die nationale Organisierung und Interessenvertretung sämtlicher Konsumvereine des Landes nach dem Muster der großen europäischen Genossenschaftsverbände sein soll. Sie ist bis jetzt in ihrer Wirksamkeit noch ziemlich beschränkt geblieben.

Was den gegenwärtigen Stand der amerikanischen Konsumvereinsbewegung angeht, so hat die von dem Arbeitsamt Wisconsin im Jahre 1905 veranstaltete Erhebung das Vorhandensein von 343 Vereinen, davon 68 in Kalifornien, 34 in Kansas, 30 in Wisconsin und 26 in Massachusetts, ergeben. Von diesen Vereinen hatten 166 einen Mitgliederbestand von 36 286, 165 ein Kapital von 4 098 938 Dollar und 130 Verkäufe in Höhe von 10 636 960 Dollar zu verzeichnen. Auf alle vorhandenen Konsumvereine umgerechnet, würde das eine Mitgliedschaft von rund 75 000 Personen, ein Kapital von 8 1/2 Millionen und einen Umsatz von 26 Millionen Dollar ergeben. Die von den Genossenschaften gezahlte Kapitalsdividende schwankt zwischen 6 und 9 Prozent, die auf die Einkünfte gewährte Rückvergütung beträgt durchschnittlich 5,2 pCt. Die meisten dieser Vereine verkaufen nur Kolonialwaren etc., nur zwei Fleischer- und einige Studentenversorgungsstätten wurden gezählt. Der größte Konsumverein des Landes mit einem Umsatz von 4 1/2 Millionen Dollar besteht im State Utah und ist von einer christlichen Brüderschaft gegründet. Der nächstfolgende in Michigan setzte nur 379 000 Dollar um. Wie man sieht, ist die amerikanische Konsumvereinsbewegung, die zurzeit noch einen agrarischen Charakter trägt, im Vergleich zur englischen oder auch nur deutschen noch sehr zurückgeblieben. Doch sind es gerade die Arbeiter, die dieser Organisation in den letzten Jahren ihre erhöhte Aufmerksamkeit zuwandten und sie zu einer Waffe im wirtschaftlichen Kampfe gemacht haben. So erzählt der vorliegende Bericht, daß die Gewerkschaften jetzt häufig Konsumvereine gründen, um so die auf ihre Vernichtung hinstrebenden „Bürgervereine“, die zum großen Teil aus Kaufleuten bestehen, zu schwächen. Der westliche Verband der Bergarbeiter wurde geradezu zur Errichtung von Konsumvereinen gezwungen, als die Kaufleute bei einem Streik seinen Mitgliedern den Kredit sperrierten.

Auch die Ausbreitung der sozialistischen Propaganda hat einen großen Einfluß auf die Gründung von Konsumvereinen gehabt. Die Vorteile der Erziehung zur Barzahlung, zur demokratischen Selbstverwaltung, die Notwendigkeit der Organisation der Produktion und Distribution durch die Trüßis im Interesse der Verbraucher gegenüberzustellen, werden immer mehr Arbeitern klar. Wenn es in Zukunft gelingen sollte, die ja nicht nur in Zukunften sondern in nationalen Eigentümlichkeiten begründeten Missetaten zu vermeiden, dann wird vielleicht in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten in kurzem eine Genossenschaftsbewegung emporblühen, wie die Welt noch keine gesehen!

„Große und kleine Nullen“, „Zwitterdinge“, „Ochs- u. Esels-Orden“ in der A. G. G. zu Berlin.

Sieht man die Jahresabschlüsse der A. G. G. durch, so stößt man unter Rubrik: „Reingewinn“ mit tödlicher Sicherheit immer wieder auf „sechs große Nullen“, von denen der Arbeiter weiß, daß sie ihm, dem eigentlichen Erzeuger, glatt an der Nase vorbeigehen und von denen die Firma vielleicht nur bedauert, noch immer nicht ausdrücken zu können: „Und sieh, es sind statt sechs — sieben!“

Von diesen „Millionen-Nullen“ — die also der Nichterzeuger mit Freuden lommen und der Urheber mit Schmerz in andre Taschen wandern — ist hier nicht die Rede. Es gibt noch andre „Nullen“ in der A. G. G.! Als seiner Zeit ein neugeborener Werkstattschreiber — der die Verhältnisse noch nicht genügend kannte — seinen Meister bat, eine Lohnerhöhung für ihn zu beantragen, meinte dieser ironisch lächelnd: „Ja, lieber Mann, da müssen Sie sich an den kaufmännischen Leiter der Abteilung wenden! Der ist Ihr Vorgesetzter! Wir Meister haben jetzt fast gar nichts mehr

zu sagen! Wir sind die — „großen Nullen“! Der „Meister“ macht alles! — Früher war das anders!“

Beweist dieser Sehnachtsseufzer nach der „guten alten Zeit“, wie die „alte Meisterherrschaft“ in der A. G. G. — „gar schnell geschwunden“, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn es noch viel trauriger mit der „Herrlichkeit“ der „kleineren Nullen“ bestellt ist! Zu diesen gehört — wie allgemein bekannt und von „oben“ nachdrücklich bestätigt — der „Stand“ der Werkstattschreiber. Bekannt ist zwar — wie gesagt — darüber schon manches, da es aber für die Arbeiterschaft nicht nur interessant, sondern auch lehrreich ist, als abschreckendes und warnendes Beispiel fast jeglichen Mangels an Klassenbewußtsein den bornierten „Standesbünkel“ gewisser „Stichtragenproletarier“ — deren Mehrzahl sich immer noch besser wie die Arbeiter dünnt! — so recht in seiner ganzen Lächerlichkeit kennen zu lernen, seien hier noch einige Nachträge gestattet. Vielleicht gelingt es auf der andern Seite, auch noch manche diverse „Herren“ — die ja ebenfalls den „Courier“ lesen — peu à peu aus ihrem bereits ein- und zwei Jahrhunderte alten „Dornröschenschlaf“ aufzurütteln, soweit dies nicht bereits schon geschehen ist! Der „vorgehaltene Spiegel“ soll manchmal Wunderdinge bewirken, zumal, wenn er immer wieder vorgehalten wird!

Aus glaubwürdiger Quelle verlautet folgendes: Als vor einigen Jahren die Meisterschreiber in sog. „Wochenlöhner“ umgeschriebenen wurden, habe man ihnen „Honig in den Mund geschmiert“ und gesagt, sie ständen sich so viel besser, weil sie im Falle einer Erkrankung außer dem salungsgemäßen Krankengelde auch noch ihren Wochenlohn nebenher beziehen würden. (Das „Besserstehen“ zeigte sich zunächst darin, daß es nun nicht mehr möglich war, durch „Ueberstundenschleichen“ wie früher über 30 Mk. pro Woche zu bekommen!) Kaum ein halbes Jahr später aber sei ihnen obendrein die vielgepriesene „Vergütung“ (!) wieder entzogen worden, ohne daß man es für nötig befunden, ihnen auch nur die geringste Mitteilung zu machen! Erst diejenigen, welche um diese Zeit zufällig krank wurden, mußten an ihrem eigenen Leide erfahren, daß „Wartels den Most vergessen!“ Vorwand dieser „humanen“ und „noblen“ Handlungsweise sei die angeblich allzu häufig erfolgte Erkrankung der Meisterschreiber gewesen! Das läßt tief blicken! Würde Sabor sagen!

Wiel kolportiert wird auch folgende, behauptetermaßen nachweisbar gefallene Aeußerung eines Herrn Direktors: „Was was wollen denn die Werkstattschreiber eigentlich betrachten? Meiner Ansicht nach sind sie doch nur — Zwitterdinge zwischen Arbeiter und Kaufmann!“ Woraus der Herr Direktor allerdings nicht die Konsequenz zieht, die Schreiber nun auch besser als etwa die schlechtesten Hilfsarbeiter zu bezahlen! Ja, Wauer, das ist ganz was anderes!

Wie stellen sich nun hierzu die Werkstattschreiber? Sie machen es ähnlich wie der „Blodfressin“ vor Wilow: „Kotau! und noch mal's Kotau!“ Denn so Dir jemand einen Tritt gibt auf die rechte H. . . backe, so reich ihm auch die Linke dar!

Mit großem Pomp war ein „Verein der Werkstattschreiber“ ins Leben gerufen worden. Wie haben sie geschimpft, die „Edlen“ und energisches Vorgehen gegenüber der Fabrikleitung gefordert! Als sie aber merkten, daß es Ernst damit werden könnte — insbesondere, als der Gedanke des geschlossenen Eintritts in eine „moderne Organisation“ auf Tapet kam und obendrein bald darauf der Hauptbeschwörer dieser Idee gemafregelt wurde! — da fuhr den meisten der „Schreck ins Klappernde Geben“ und sie zogen es vor, ihren werten Popo rechtzeitig in Sicherheit zu bringen! Einer nach dem andern blieben sie aus den „Stuhlgängen“ weg und heute soll das „Trub-Vereinchen“ nach unkontrollierbaren Gerüchten so gut wie — „selbst entschlafen“ sein! Den wirklich Klassenbewußten Ausnahmen blieb nichts weiter übrig, als für sich die einzig richtige Konsequenz zu ziehen, die große „Herbe“ aber ihrem wohlverdienten Schicksale zu überlassen!

Wie turmhoch steht doch der „gewöhnliche Arbeiter“ über diesen „düffelhaften“ und im Grunde genommen widerlich feigen, sog. „kaufmännischen Eltemenschen“! Wahrlich, umgekehrt wäre Dinkel gerechtfertigter, denn die Arbeiterschaft kann mit Stolz auf die Errungenschaften ihrer „freien Organisationen“ blicken!

Doch die „tapfern „Schneiderlein“ — parbon „Schreiberlein“ — erwarten demnächst an dem „Ghrenlange des 25jährigen Jubiläums der „Firma“ als „süßen Lohn“ ihres „männlichen“ Verhaltens allerhand — „Extra-Wohlfahrts-Einrichtungen“ speziell für sie! A. G. G. Wiemern“ passende Orden herstellen zu lassen, auf der Vorderseite ihr „gehorntes“, auf der Hinterseite ihr „langohriges“ Urbild, dazu als passende Umrahmung ein — „Stichtragen“ mit der Aufschrift: „Suum Quiquet“!

Als geeigneten Text für das nun einmal unvermeidliche Handschrei-

ben möchten wir der verehrlichen Firma folgende Worte empfehlen:

Wir haben alle Stunden Euch selbstlos nur bejunden, Ihr helft — trotz mancher Schwächen! — Noch jeden Streik uns brechen! Und nun zum Ueberflusse Schützt Ihr uns vor Verdruße, Indem Ihr von den „Koten“ Für immer laßt die „Koten“! Drum, eine „höhere Löhnung“, Die wäre nur Verhöhnung, Der „edlen Denkungsweise“, Die herrscht in Eurem Kreise! Fahrt fort so, treue Kneben, Sollt andern Lohn doch haben: Der „Dach- und Gelsorden“, Heut ist er Euch geworden!

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Kollegen Backer, Lager- und Transportarbeiter von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft nahmen in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung, die am 3. Februar tagte, zu der Frage, die gegenwärtige Lage unserer Kollegen in den Betrieben der A. G. O., Brunnenstraße und Voltastraße, Stellung. Veranlassung zur Verhandlung dieses Themas gab das in letzter Zeit recht brüskierte Verhalten der Direktion gegenüber unseren Kollegen. Es wurde hervorgehoben, daß die Direktion die gegenwärtig schlechte Konjunktur dazu benutze, um den Kollegen das Leben im Betriebe äußerst zu erschweren. So z. B. wird versucht, die Arbeitszeit zu verlängern und eine Reduzierung an den Löhnen vorzunehmen. Ältere Kollegen, die nach einer Reihe von Jahren in den Genuss der Höchtlöhne gelangt sind, werden häufig auf eine nicht schöne Weise entlassen und zwar wird als Grund der Entlassung meistens Arbeitsmangel angegeben. In letzter Zeit haben sich diese willkürlichen Entlassungen auch auf Arbeiter-Ausschußmitglieder ausgebreitet. So wurde letzthin ein Mitglied vom Arbeiter-Ausschuß entlassen, welches seit 9 Jahren im Betriebe tätig gewesen ist und bisher seine Pflicht und Schutzpflicht stets getan hat. Auch hier gab die Direktion, trotzdem dieser unser Kollege der älteste in der betreffenden Abteilung war, Arbeitsmangel an. Die Erregung hatte daher einen ziemlich hohen Punkt erreicht, was ja schließlich ganz begreiflich ist; denn keine Arbeiterenschaft wird sich heute mehr so ohne weiteres stillschweigend abmorschen lassen. Durch einstimmige Annahme einer Resolution wurde dies zum Ausdruck gebracht, in der die Direktion eindringlich gewarnt wurde, den Bogen nicht all zu weit zu spannen. Des ferneren richteten die Versammelten an alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen die dringende Ermahnung, nun bald einsehen zu lernen, daß die Betriebshilfsarbeiter erst dann eine respektierende Macht darstellen werden, wenn alle bis zum letzten eine geschlossene Organisation bilden, die in der Lage ist, dem Unternehmertum zu jeder Zeit achtungsgewand entgegen zu treten. Das Letztere möge von allen doppelt unterstrichen und beherzigt werden. Denn bei einer in jüngster Zeit veranstalteten Umfrage über die Organisationszugehörigkeit stellte es sich leider heraus, daß immer noch 860 Betriebshilfsarbeiter, also Backer, Lagerarbeiter und Transportarbeiter zc. unorganisiert vorhanden sind. Aus welchem Grunde und warum diese Seiltänze immer noch zaudern, darüber scheinen sie sich selbst nicht klar zu sein.

Berlin. Die Sektion der Speicherarbeiter und Getreideträger hielt am 30. Januar eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher zunächst der Kollege Schmolz den Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung für das abgelaufene Jahr 1907 erstattete. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Sektionsleitung eine sehr regsame Tätigkeit anstaltete. Außer 40 Betriebsbesprechungen, die zum Teil im Anfang 1907 abgehalten wurden und die sich mit der Vorbereitung zur Lohnbewegung zu befassen hatten, fanden noch 10 größere gemeinsame Versammlungen statt, welche sich ebenfalls zum Teil mit der Lohnbewegung beschäftigten, andernteils wurden auch belehrende Vorträge in denselben gehalten. Vertrauensmännerversammlungen fanden 8mal statt.

Der Berichterstatter geht dann noch auf die abgeschlossene Lohnbewegung ein und bespricht sodann in kurzen Zügen die schlechte Lage im Speichereigewerbe Berlins, welche hauptsächlich durch die verheerende Zollpolitik unserer Regierung entstanden sei. Durch den hohen Zoll auf Getreide kommt das Auslandsgetreide jetzt nicht mehr in so hohem Maße wie früher nach Berlin zur Lagerung. Nach kurzer Diskussion werden die Kollegen A. Fehlow, W. Endow und G. Schmolz als Sektionsleiter wieder gewählt. Als Beisitzer in die Sektionsleitung werden die Kollegen Baumert, Koch und Werner bestimmt.

Hierauf hielt ein Verbandsvertreter ein kurzes Referat über die jetzige Situation im Speichereigewerbe. Da die Lohnsätze zum 1. April ablaufen, hätten jetzt schon eine ganze Reihe von Unternehmern die Tarife gekündigt. Allen Anschein nach wollen die Unternehmer jetzt unter dem Zeichen der Krise die Situation ausnützen und schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Durchführung bringen. Da heiße es für die Kollegen auf der Hut zu sein. Im Augenblick seien wir noch nicht in der Lage, die Situation genau überblicken zu können, da durch das Stöhen der Schifffahrt der größte Teil der Kollegen ohne Beschäftigung sei. Die Vertrauensmänner hätten sich in ihrer letzten Sitzung ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt und seien zu dem Resultat gekommen, daß die Kollegen unter keinen Umständen sich herbeilassen sollten, mit den Unternehmern vereinzelte Abmachungen zu treffen. Neue Forderungen sollen nicht gestellt werden, aber es soll alles getan werden, um die bisherigen Lohnsätze auch in Zukunft zu behalten zu können. Zu diesem Zwecke sei es notwendig, daß die Versammlung beschließen möge, daß noch vor Ablauf der Kündigungsfrist für die Tarife, eine Rückprache mit den Arbeitgebern und der Verbandsleitung herbeigeführt werden möge, damit man die Ansichten der Unternehmer kennen lerne. Daß auch in den Kreisen der Unter-

nehmer der Wunsch auf eine vorherige gegenseitige Verständigung bestehe, gehe daraus hervor, daß zwei Unternehmern eine diesbezügliche Anregung gegeben hätten. Nach eingehender Aussprache faßte die Versammlung einen Beschluß im vorstehenden Sinne.

Nachdem noch in beredten Worten durch den Kollegen Fehlow auf die Agitation zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für den preussischen Landtag hingewiesen und zur tatkräftigen Unterstützung aufgefordert wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bunzlau. Sonnabend, den 8. d. M., hatten wir die zweite diesjährige Mitgliederversammlung. In derselben gab der vorjährige Bev. Koll. Bauschmann, den Jahresbericht aus dem u. a. zu entnehmen ist, daß im Berichtsjahre 07 10 ordentliche, 3 außerordentliche Mitgliederversammlungen, 10 Vorstandssitzungen und 1 Betriebsbesprechung stattfanden. In der bestbesuchten Versammlung waren 54, in der schlechtest besuchten 16 Kollegen anwesend. Der Durchschnittsbesuch aller Versammlungen stellte sich auf 29 Mitglieder. Kollegen, das zeigt nicht das Interesse, was ein überzeugter Arbeiter unbedingt haben muß, dies muß anders werden. Zum dritten Punkt der Tagesordnung erhielt der Gauleiter das Wort zum Vortrage: „Wie ward unser Verband.“ Der Referent schilderte in langen Zügen die Anfänge des Handels und Verkehrs unserer Vorfahren bis ins graue Altertum, kam auf die Anfänge der allerersten Berufsvereinigungen zu sprechen, die meistens von den Zünftigen und Zünften ins Leben gerufen, nur der Geselligkeit und Kollegialität, höchstens der Unterstützung dienten und ging dann zu den heutigen Krieseverbänden über, die durch die kapitalistische Wirtschaftsweise bedingt, mehr den Charakter von Kampforganisationen annehmen mußten. Wenn auch die Berufsvereinigungen schon älteren Datums sind, führte Redner weiter aus, so ist doch gerade unser Verband eine Erscheinung der Neuzeit und hat sich erst im letzten Jahrzehnt zur heutigen Bedeutung entwickelt. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent die Anwesenden auf, in der Agitation nicht zu erlahmen, um mit vereinten Kräften uns bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Ein Ortsunterstützungsreglement bei Sterbefällen wurde nach der Stellung des Statuts neu geregelt und dem Hauptvorstand zur Genehmigung eingereicht. Des weiteren wurden drei erkrankten Kollegen Unterstützungen aus Ortsmitteln bewilligt.

Wegen der Lokalfrage müssen wir die Versammlungen auf jeden zweiten Sonnabend nach dem ersten jeden Monats verlegen, was die Kollegen besonders beachten wollen.

Der Agitationsausschuß des Wahlvereins Bunzlauer Alben gab im vergangenen Jahre Fragebogen an sämtliche Gewerkschaften in Bunzlau aus, um einmal zu erfahren, wieviel Gewerkschaftler Mitglieder der politischen Organisation und Leser der Parteipresse sind. Leider sind diese Fragebogen nicht in der Weise ausgefüllt worden, wie es notwendig ist, um ein genaues Bild hierbei zu gewinnen.

Hier nur der Fragebogen der Transportarbeiter:

Zahl der Berufsangehörigen	89
Abgegebene Fragebogen	88
Gewerkschaftlich organisiert	88
Politisch	10
Es lesen die Volkswacht	8
Görlicher Volksztg.	2

Kollegen! Dies ist noch ein recht trübes Bild und ein bedauerliches Zeichen der Gleichgültigkeit gegenüber einer so wichtigen Statistik. Diese Fragebogen kommen jetzt regelmäßig jedes Vierteljahr zur Verteilung, um festzustellen, wie das Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder zur politischen Bewegung sich gestaltet. Hoffentlich wird der Beschluß des Mannheimer Parteitages, daß Gewerkschaft und Partei eins ist, jetzt mehr zur Durchführung gebracht.

Dresden. Für den Bezirk Cotta, Briesnitz und Umgegend fand am 15. Februar eine Versammlung statt, die nur mäßig besucht war. Arbeitsekretär Genosse Buch referierte über: „Die Aufgaben unseres Verbandes während der wirtschaftlichen Krise.“ Der sehr interessante Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß in der Zeit der wirtschaftlichen Krise besonders unser Beruf von den Arbeitern anderer Berufe stark überlaufen wird. Es besteht die Gefahr, daß die Löhne dadurch noch mehr gedrückt und die bestehenden Tarife durchbrochen werden. Die organisierten Kollegen müßten auf dem Posten sein und für Hochhaltung der Löhne Sorge tragen.

Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt worden waren, ernannte der Vorsitzende die Versammelten, in Zukunft noch mehr wie bisher für den Verband zu agitieren, damit wir im Bezirk Cotta und Umgegend noch bessere Fortschritte erzielen. Hierauf Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Frankenthal. Am Sonntag, den 16. Februar 1908 fand unsere außerordentliche Generalversammlung statt. Die Mitgliederzahl ist im Laufe dieses Jahres von 55 auf 90 gestiegen. Dieser Zuwachs ist der kräftigen Agitation verschiedener Kollegen zu verdanken. Bei verschiedenen Führerunternehmern wurden Lohnbewegungen durchgeführt, die zu Gunsten der Arbeiter beendet wurden. Im vergangenen Jahre wurden 15 Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen abgehalten. Nach dem Kassensbericht wurden an die Hauptkasse 591,01 Mk. abgeliefert. Der Kassenbestand in der Ortsverwaltung betrug 295,02 Mk. An Krankenunterstützung wurden 144,— Mk., an Reiseunterstützung 27,— Mk., an Arbeitslosenunterstützung 81,50 Mk., an Rechtsschutz 80,— Mk., an Extraintersubstanz 10,— Mk. verausgabt; ferner für den Landtagsfonds 10,— Mk., für die streikenden Tabakarbeiter Gleisen 10,— Mk. und für die Krankenheilstätte der Walz 10,— Mk.

Die Neubwahl ergab die Wiederwahl des alten Ausschusses. Ferner wurde beschlossen, daß Lohnsätze ausgearbeitet werden sollen, die in nächster Zeit zur Vorlage gebracht werden. Das Kost- und Vogtswesen muß beseitigt werden. Viele Kollegen müssen heute noch in Verdrehfällen übernachten und die Löhne sind so furchtbar hoch, daß bei einer Arbeitszeit von 15—16 Stunden taglich für die Woche

6-7 Mk. ausbezahlt werden. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, in welcher derselbe betont, daß es Pflicht der Frankenthaler Kollegen sei ihr ganzes Bemühen zu legen, daß der weitere Ausbau unseres Verbandes gute Früchte tragen möge, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Galle a. S. Im Laufe der letzten Wochen wurden mehrere Branchenversammlungen abgehalten, die sich durchweg eines guten Besuches zu erfreuen garten. Die erste beschäftigte sich abermals mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter auf Eisen- und Hochofen. Erreuterungsweise wurden wiederum mehrere Mitglieder für die Organisation gewonnen, so daß Aussicht vorhanden ist, in nächster Zeit einen Druck auf die in Frage kommenden Unternehmer dahingehend ausüben zu können, daß in puncto Bezahlung eine Besserung einzutreten hat. Hinsicht der Organisation ist es deshalb, die noch Fernstehenden heranzuziehen. — Kritisiert wurde das Verhalten der Kollegen in der Holzhandlung von Lütichow u. Soyne-Troha, die sich ohne Widerspruch einen Lohnabzug von 2 Pfg. pro Stunde gefallen lassen und treuend wurde hier das Sprichwort angeführt: „Prügel dem, dem solche gebührt.“

Die zweite Versammlung war für die Handels- und Arbeiter einberufen. In derselben referierte Genosse Ederleben über das Thema: Der Kampf der Arbeiter um Recht und Brot. Auch in dieser Versammlung waren mehrere Aufnahmen von Marktwebern resp. Geschäftsdienern zu verzeichnen, was uns so bemerkenswerter ist, weil gerade diese Kollegen bis jetzt sich sehr wenig um die Organisation kümmern. In der Diskussion wurden die Missstände in verschiedenen größeren Handlungshäusern besprochen und die Kollegen ersucht, sich endlich einmal aufzuraffen, um mit Hilfe der Organisation diese Missstände hinwegzuführen.

Eine dritte Versammlung fand für die Geschirrführer statt. Hier hatte der Gauleiter das Referat übernommen. Nach dem Vortrag beschäftigte sich die Versammlung noch mit der Frage, ob es möglich sei, in diesem Frühjahr an die Fuhrwerksbesitzer mit Forderungen heranzutreten. Es wurde angeführt, daß infolge der Flaute gerade in den größten Betrieben wohl nicht ohne weiteres daran zu denken sei, würde uns aber der Kampf hier und dort aufgezogen, so müßte derselbe auch mit aller Schärfe durchgeführt werden. Vor allem sei es notwendig, die Reihen der Organisierten zu stärken, damit die Geschirrführer allen Eventualitäten gewappnet gegenüberstehen könnten. — Unter Verschiedenem wurde das Verhalten des Fuhrherrn Hübenthal-Sichendorfstraße beleuchtet. Derselbe sei ständiger Gast auf dem Gewerbegericht. Sein Betrieb sei unter den Geschirrführern als „Laubenschlag“ bekannt und sei es angebracht, in erster Linie mit diesem „Prozessor“ ein ernstes Wörtchen zu sprechen. — Mit den Ausführungen mehrerer Kollegen schloß auch diese Versammlung. — Aufgabe aller dem Handels- und Transportgewerbe angehörenden Kollegen wird es sein, alles daran zu setzen, daß die Organisation ein alles Umfassendes wird, um so den Arbeitgebern das abzuwingen, was eigentlich schon längst uns gehören müßte.

Die allgemeine Mitgliederversammlung fand für Februar im Süden der Stadt, im „Leiten Dreier“ statt und war ebenfalls gut besucht. Ein Kollege sprach über die Ursachen und Wirkungen wirtschaftlicher Krisen. Zu Punkt 2 wurden dem Zentralvorstand 4 bisherige Mitglieder wegen Streikbruchs beim Gasarbeiterstreik zum Ausschluß empfohlen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 14. März im „Volksgarten“ statt.

Hannover. Am Sonntag, den 2. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Es galt eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Den Kassensbericht gab der Kassierer, danach ergibt sich folgendes Bild: 4. Quartal: Einnahme 4326,53 Mk. Ausgabe 4217,92 Mk., bleibt Bestand 108,61 Mk. An die Hauptkasse sind gesandt 2483,18 Mk. An Unterstützungen wurden gezahlt:

	Hauptkasse	Ortskasse
Arbeitslosenunterstützung	200,60 Mk.	47,55 Mk.
Krankenunterstützung	288,45 „	79,15 „
Streik- und Gemäßregeltenunterstützung	234,90 „	— „
Reiseunterstützung	— „	23,00 „
Extraintersubstanz	90,00 „	— „
Rechtsschutzunterstützung	24,45 „	— „
Zusammen	788,40 Mk.	149,70 Mk.

An Marken wurden 6701 à 50 und 1565 à 25 Pfennig verkauft. Der Zugang an Mitglieder beträgt 86 männliche und 53 weibliche. Am Schluß des Quartals sind vorhanden 592 männliche und 110 weibliche. Zusammen 702 Mitglieder gegen 539 am Schluß des 4. Quartals 1906. Die Einnahme im Jahre 1907 betrug 16 048,43 Mk. Die Ausgabe 14 531,11 Mk. Die Hauptkasse hat insgesamt 8409,08 Mark erhalten. Die Einnahme ist demnach gegen 1906 um 5123,19 Mk. gestiegen.

An Unterstützungen wurden bezahlt:

	(Haupt- und Ortskasse)
Arbeitslosenunterstützung	490,35 Mk.
Krankenunterstützung	1085,65 „
Streik- u. Gemäßregeltenunterstütz.	340,75 „
Reiseunterstützung	108,25 „
Extraintersubstanz	845,00 „
Rechtsschutzunterstützung	101,70 „
Beerdigungshilfe	80,00 „
Zusammen	2541,70 Mk.

An Beitragsmarken wurden insgesamt 27 906 gegen 19 770 im Jahre 1906 verkauft. Der Beitragsdurchschnitt hat sich ebenfalls in erfreulicher Weise

entwickelt. Er betrug im 4. Quartal 1906 10,2, im 4. Quartal 1907 dagegen 11,7. Der Jahresdurchschnitt 1906 8,6 und 1907 4,5 pSt., ein Erfolg, mit dem wir immerhin zufrieden sein können, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Fluktuation eine ziemlich große ist. Es sind im ganzen Jahre 508 neue Mitglieder gewonnen und 315 gingen wieder verloren.

Den Geschäftsbericht erstattete der Bevollmächtigte. Hieraus sei folgendes erwähnt: Es wurden 30 Versammlungen und 245 Besprechungen abgehalten, sowie 14 Revisionen vorgenommen. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Geschäfte in 28 Sitzungen. Im Gau wurden abgehalten 102 Versammlungen, 117 Besprechungen, sowie 22 Revisionen. Für 41 Kollegen wurden Schriftstücke angefertigt und an 76 Kollegen Zuschriften erteilt. 3 Eingaben wurden an Behörden gemacht. Der Postverkehr (Ort und Gau) umfaßt 830 Eingänge, 3599 Ausgänge. Lohnbewegungen waren insgesamt 4 mit 54 Beteiligten zu verzeichnen, außerdem fand eine Aussperrung mit 4 Beteiligten statt. Die Bewegungen verteilten sich auf 2 Gerüstbauern, 2 Baummaterialienhandlungen, 1 Lagerbetrieb. Außerdem wurde nach langwierigen Verhandlungen mit dem „Haushaltsverein Linden“ ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Die Lohnbewegungen beziehen sich nur auf Hannover.

Die einzelnen Berufe sind wie folgt vertreten: Handlungsgewerbe 181, Kutscher und Fuhrleute 187, Lager, Expedition und Möbeltransport 167, Autoführer 3, Glasreiniger 17, Gerüstbauer 12, Produktarbeiter und Arbeiterinnen 62, Zeitungsträgerinnen 59, diverse 14. Beim Arbeitsnachweis meldeten sich 149 Mitglieder, 71 Mitglieder anderer Gewerkschaften, sowie 124 Unorganisierte. 91 Stellen wurden gemeldet und 43 besetzt. Wir sehen also, daß der Nachweis noch immer sehr viel zu wünschen übrig läßt. Namentlich sind es unsere eigenen Kollegen, die es in vielen Fällen nicht für nötig halten, etwa zu besetzende Stellen anzumelden. Wenn dies in Zukunft etwas mehr beachtet wird, werden wir auch andere Resultate erzielen.

Die am Schluß des Jahres angenommene Statistik über Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und Leser des „Volkswillens“ hatte folgendes Resultat: Eingegangen sind rund 400 Fragebogen, Leser des „Volkswillens“ sind 272, Mitglieder des Wahlvereins 159. 13 gehören dem Wahlverein an und lesen keine Zeitung. Die „Gleichheit“ hat 10 Leser, der „Wahre Jakob“ 14 und keine Zeitung immer noch 70. Wie das Resultat uns zeigt, muß es unsere Aufgabe sein, die nötige Aufklärung unter unsere Mitglieder zu bringen, damit der letzte Abonnent der „bürgerlichen“ Zeitungen aus unsern Reihen verschwindet und der Gedanke der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei immer tiefer Wurzel faßt. Bezüglich des Verhältnisses zu den übrigen Gewerkschaften sei noch erwähnt, daß nach Regelung der „Grenzstreitigkeiten“ im großen und ganzen das Verhältnis ein gutes war.

Nur der Einigungsversuch mit den Brauereiarbeitern, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, nicht nur in den Brauereien, sondern auch in Brennerien und vor allem auch in Bierhandlungen usw. zu organisieren, verlief infolge des eigenartigen Verhaltens der Vertreter dieses Verbandes ergebnislos.

Eine Differenz mit der Redaktion unseres Parteiblatts wegen der Zurückstellung eines Artikels wurde zur Zufriedenheit erledigt. — Die nun folgenden Wahlen zum Vorstände ergaben folgendes Resultat: Bevollmächtigter: W. Kregel, Kassierer: S. Wegener, Schriftführer: Fr. Grages, Beisitzer: Ed. Stegenwallner (Fuhrleute), C. Bralle (Hausdiener), Fr. Hermanns (Expedition), S. Grimpe (Möbeltransport), C. Niclausen (Lager), Frau Wassermann (Zeitungsträgerinnen). Zu Revisoren wurden die Kollegen J. Meyer, J. Mezinini und Aug. Wertheim, zu Kartelldelegierten Ed. Stegenwallner, Th. Gähle und S. Wegener gewählt. Die Wahl der Beisitzer zum Gauvorstande wurde auf den Protest eines Kollegen hin bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Nachdem dann noch einige innere Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte nach einem kräftigen Schlußwort Schluß der Versammlung.

Kollegen, ein Jahr umfangreicher Tätigkeit liegt wieder hinter uns. Betrachten wir nun einmal das Resultat, so müssen wir sagen, es entspricht nicht voll den Erwartungen. Es ist wohl zu konstatieren, daß eine innere Gesundung eingetreten ist, berücksichtigt man aber die große Zahl der Organisationsfähigen, so bleibt uns noch ein großes Stück Arbeit übrig. Wir wollen nun wünschen und hoffen, daß im neuen Jahre die Mitarbeit der Kollegen eine bessere werden wird, denn daran hat es im letzten Jahre sehr gemangelt, so werden auch andere Erfolge erzielt werden. Darum vorwärts, frisch an die Arbeit.

Mainz. Am Montag, den 17. Februar, hielt die Gruppe der Hausdiener und Lagerarbeiter ihre erste Sektionsversammlung ab, welche gut besucht war. Kollege Penke gab einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Sektion, aus welchem zu ersehen war, daß die Sektion der Hausdiener und Lagerarbeiter einen großen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Kollege Grieb sprach dann über die Herbeiführung der Sonntagsruhe, was in anderen Städten schon längst geschehen sei, z. B. in Frankfurt a. M., Stuttgart, München und längst auch in Darmstadt, müsse auch in Mainz möglich sein. Ferner müsse daraufhin gearbeitet werden, den 6 Uhr-Postschalter zu heben zu führen. Alle anwesenden Kollegen versprechen tüchtig zu agitieren, damit die Sektion in aller Kürze über 100 Mitglieder zähle. Alsdann erfolgte die Wahl der Sektionsleitung, in die folgende Kollegen gewählt wurden: Als Sektionsleiter Heinrich Feldmann, als Stellvertreter Karl Penke, als Schriftführer Friedrich Griebler.

Ferner wurde beschlossen, regelmäßig alle 4 Wochen Sektionsversammlung abzuhalten. Der Verein der Mainzer

Haus- und Geschäftsdiener dürfte sich ein Muster an seinen früheren Kollegen nehmen, die sich dem Transportarbeiterverbande angeschlossen haben und die in einer kurzen Zeit eine eigene Sektion von über 50 Mitglieder zählt. Nach die Zeitungsträgerinnen werden wach und organisieren sich, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen; bisher ließen sich vier Frauen aufnehmen.

München. Am 17. Februar referierte ein Kollege in einer gut besuchten Dienstmannerversammlung über das Thema: Was wir wollen! und wie auch den Dienstmannern geholfen werden könne. Redner führte aus: In der Industrie, im Gewerbe und auf allen Gebieten zeige sich zurzeit das Bestreben, sich solidarisch zusammenzuschließen, um leistungsfähiger der Konkurrenz entgegenzutreten und zugleich mehr Dividenden aus dem angelegten Kapital erzielen zu können. Man folgt hierbei nur dem Beispiel der Staatenbündnisse, die seit Jahrtausenden geschlossen wurden, um dem Willen eines Einzelstaates mehr Nachdruck zu verleihen. Sogar die Tierwelt zeige uns ein sehr gutes Beispiel: Wie zieht eine Schwalbe allein nach dem Süden; sondern stets in großen Scharen bahnen sie sich den Weg durch Sturm und Wetter, wo sie einzeln elendiglich zu Grunde gehen würden. Was lag näher, als daß der Arbeiter, der Jahrtausende vom Kapital ausgebeutet und geknechtet wurde, endlich ebenfalls diesem Beispiel folgte und in Branchenbündnissen oder Verbänden seine Interessen besser zu vertreten suche als bisher. Die Jahrzehnte lange Arbeit dieser Verbände zeige mit flammender Schrift, was vereinte Kraft zu leisten vermag. Der größte Nörgler kann nicht abstreiten, daß die besonders in dem letzten Jahrzehnt sich bedeutend gehobenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur der Organisation zuzuschreiben sind. Sehen wir nur auf die Tätigkeit unseres Verbandes in den letzten zwei Jahren hier am Plage zurück, wie durch die Lohnbewegung im Fuhrgewerbe und in der Möbeltransport- und Speditionbranche sowie durch zahlreiche Korporations- und Einzeltarifabschlüsse tausenden Kollegen eine bedeutend bessere Lebenslage geschaffen wurde. Wir wollen aber nicht stehen bleiben, sondern den Ring der Kollegen immer mehr zusammenschließen zu einer Macht, an welcher jede Willkür des Kapitals zurückprallt.

Längst wären auch die Schmerzen der Dienstmannen einigermaßen gestillt, wenn sie nach dem Erfolg vor 5 Jahren, wo das Standgeld der Dienstmannen durch das Eintreten unserer Organisation von 40 Pf. auf 25 Pf. erniedrigt wurde, nur etwas mehr Solidarität bewahrt hätten und nicht schon bei halbem Erfolge fahnenflüchtig geworden wären. Erfreulicherweise zeige der in letzter Zeit stattgefundenen Massenzugang der Kollegen zur Organisation, daß auch die Dienstmannen endlich einmal begriffen haben, daß der einzelne Kollege im Kampfe um sein Leben machtlos ist, vereint aber eine unüberwindliche Macht bildet. Es sei auch höchste Zeit, wenn die Dienstmannen sich nicht selbst auf den Aussterbeetat setzen und durch die eigene Konkurrenz und die der immer mehr aus dem Boden hervorschießender Konkurrenzgesellschaften erdrückt werden wollen. Grundlegende des Standgeldes und Verminderung der Nummern seien zunächst die unbedingten Forderungen, die gestellt werden müssen, um den Dienstmannen einigermaßen ihre Zukunft zu sichern. Selbstverständlich soll die Verminderung der Nummern nicht momentan eintreten, sondern bei Abgang einer Nummer soll dieselbe eingezogen werden, bis prozentual die Zahl der festgesetzten Nummern erreicht sei. Von den Vorständen sei keine Besserung zu erwarten, sie haben all die Jahre her geschlafen. Es ist ihnen Hauptsache, daß das hohe Standgeld eingehe. Weder zu einem Telephonruf nach dem Hauptbahnhof, noch zur Einführung des Turnusdienstes am Sommerbahnhof, noch zur Stellung genügender Requisitionen haben sich diese Herren bis jetzt entschließen können, obwohl dies alles längst laute Schmerzen der Dienstmannen wären. Den Vorständen der Institute läge nichts daran, wenn die Dienstmannen sich selbst Konkurrenz machten, sie fühlen ja nicht die Not, wenn der Dienstmann unter den obwaltenden Verhältnissen oft tagelang Beach hat und er mit seiner Familie am Hungertuche nagt; sie kennen nicht die Verzweiflung ihrer unter dem Sklavenjoch lebenden Ernährer. Nur eine stramme Organisation könne hier Ordnung schaffen. Hülfe jeder Kollege die Zahl der Dienstmannen in der Organisation immer mehr zu vergrößern, dann wollen wir, in letzter Stunde noch, auch den Dienstmannen eine bessere Zukunft sichern, so schließt Redner unter allgemeinem Beifall seine Ausführungen.

Nach einer lebhaften, im Sinne des Referenten geführten Diskussion, in welcher die Klagen der Kollegen über die jetzigen traurigen Verhältnisse laut zum Ausdruck kamen, sprach Kollege Giehler den Kollegen noch Mut zu und forderte sie auf, treu zur Organisation zu halten, dann werde auch bald den Dienstmannern geholfen werden können.

Nach zahlreichen Aufnahmen erfolgte sodann Schluß der Versammlung.

Potsdam. Am Sonntag, den 18. Februar, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Bevollmächtigte kritisierte unter anderem die flauere Beteiligung bei Ausfüllung der Wählerlisten und bat gleichzeitig die Kollegen, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Kollege Schröder führte dann den Kollegen die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kleinstädtischen Fabriken vor Augen. Sodann wies Kollege Bählmann auf das Abkommen auf die Arbeiterpresse hin.

Es ist unumgänglich notwendig, unsere Mitglieder zur Ausübung ihrer Pflichten zu ermahnen, denn das Neben der Marken allein beweist die zielbewusste Zugehörigkeit zur Organisation noch nicht. Es ist auch Pflicht eines jeden Kollegen, öfters im Jahre die Versammlungen zu besuchen und mehr agitatorisch tätig zu sein, denn nur dadurch können wir gestärkt und vereint unsern Ausbeutern ein kräftiges Halt entgegenrufen.

Mudau. Unsere letzte Mitglieder-Versammlung war leider so schlecht besucht, daß über die wichtige Frage der Errichtung eines Arbeitersekretariats leider kein Beschluß gefaßt werden konnte. Das ist eine sträfliche Nachlässigkeit der Kollegen. Wo soll solche Gleichgültigkeit hinführen? Wir erwarten bestimmt, daß die Kollegen sich in der Zukunft mehr ihrer Pflicht erinnern und die Versammlungen besser besuchen.

Stolz i. Pommeren. Am Sonntag, den 9. d. Mts., fand unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand Verbandsangelegenheiten, Krankentassenwahl und Verschiedenes. Der Kassierer gab den Jahresbericht, der von den Kollegen für richtig angenommen wurde. Es wurde vom Kollegen Koschab aufmerksam gemacht, daß jeder Kollege seine Statuten lesen soll. Arbeitsloste oder Kranke haben sich der Kontrolle zu fügen. Darauf wurde beschlossen, daß jeder Kollege, wenn er stirbt, einen Kranz erhalten soll. Als Kartelldelegierter wurde Koschab gewählt. Die Kollegen sollten mehr in die Versammlungen kommen.

Weimar. Am Sonntag, den 9. Februar, fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende sprach über den Reichsvereinsgelehnwurf und über die Protest-Versammlungen. Der Kassierer Günther gab den Kartellbericht bekannt. Die Kasse ist revidiert und alles in bester Ordnung gefunden worden. Dann wurde manches zu Tage gefördert, das beweist, daß hier für die Organisation noch ein großes Arbeitsfeld offen steht. Die Kollegen wurden aufgefordert tüchtig zu agitieren. Wir haben Kontrollkarten herausgegeben, und werden die auswärtigen Kollegen bei der jetzt bevorstehenden Umzugszeit ersucht, danach zu fragen. Ferner wurde beschlossen, am 8. März eine öffentliche Versammlung abzuhalten.

Zweibrücken. Die am Sonntag, den 19. Januar er., abends 8 Uhr, stattgehabte öffentliche Versammlung des Transportarbeiter-Verbandes Zweibrücken erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Der Gauleiter referierte über „Die deutschen Unternehmerverbände und die deutschen Gewerkschaften“ und entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. Er schilderte die Entstehung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände. Aus seinen zahlreichen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Arbeitgeberverbände als Abwehrorganisation gegen die Arbeitnehmerverbände ins Leben gerufen wurden. In der Hand umfangreichen Zahlenmaterials wies er nach, daß es Pflicht ist, daß jeder Arbeitnehmer seiner Berufsorganisation angehören müsse, um den Arbeitgeberverbänden ein Paroli zu bieten. Insbesondere erklärte er die unmoralische Streik Klausel, die in allen Arbeitgeberverbänden sich befindet und betonte, daß durch diese Streik Klausel den Arbeitern der § 152 der Gewerbeordnung illusorisch gemacht wird.

Verschiedenes.

Der Aufschlag im Winter. Die mit Eis oder Schnee bedeckten Wege bringen für die Pferde mancherlei Beschwerden und Gefahren. Wer Pferde, deren Hufeisen nicht mit zweckmäßigen Vorrichtungen gegen das Ausgleiten und gegen das Einballen des Schnees versehen sind, auf glatten oder mit haltendem Schnee bedeckten Straßen beobachtet hat, weiß, daß jede Vorwärtsbewegung eine Anstrengung bedeutet und die Gefahr des Niederstürzens bringt. Schon vor dem leeren Wagen ist dies der Fall, noch vielmehr bei wirklichen Arbeitsleistungen. Weindrücke, Quetschungen und Verwundungen der Haut und der Muskeln infolge des Niederstürzens, Gelenk- und Sehnenentzündungen infolge des Ausgleitens bei Glätte kommen vielfach vor. Die erschwerte Bewegung, welche durch Schneeballen in den Hufen veranlaßt wird, führt zu starker Erhitzung der Körperoberfläche und wird so häufig Veranlassung zu heftigen Erkältungskrankheiten (Lungenentzündungen und rheumatischen Leiden).

Jeder Pferdebesitzer, dem daran gelegen ist, seine Pferde arbeitsfähig und gesund zu erhalten, wird deshalb im Winter stetig dafür Sorge tragen müssen, daß die Hufeisen mit Vorrichtungen versehen sind, welche es ermöglichen, die drohenden Gefahren des Ausgleitens und Niederstürzens und des Einballens von Schnee abzuhalten. Derartige brauchbare Schutzvorrichtungen sind Schraubstollen und die Verwendung von sogenannten Huflederklitt. Welche Form die geschärzte Fläche der Schraubstollen hat, ob einer der verschiedenen in dem Handel befindlichen Fassonstollen (H-Stollen, Winkelftollen u. a. m.) oder ob Stollen mit einfacher, meißelförmiger, scharfer Fläche benutzt werden, richtet sich nach den verlangten Dienstleistungen und nach den Verhältnissen des Besitzers. Die einfachsten und billigsten Stollen mit meißelförmiger Schneide, die auch in der Armee eingeführt sind, genügen schon weitgehenden Anforderungen. Haupterfordernis bei dem Gebrauch von Schraubstollen ist, daß der Besitzer für eine richtige und gute Anwendung Sorge trägt. Vor allem ist ein völliges Einschrauben der Stollen in die Gewindegänge des Hufeisens, so daß die Stollen fest auf dem Hufeisen aufliegen, Bedingung des Festhaltens der Stollen. Wird dieser Umstand nicht beachtet, so können die Stollen locker werden und verloren gehen. Jeder Schmied kann über die sachgemäße Behandlung der Schraubstollen etwa erforderliche Auskunft geben. Für schwere Zugpferde ist außer den Schraubstollen noch die Verwendung von sogenannten Steagriffen sehr zu empfehlen. Diese ermöglichen eine stete Dienstbereitschaft der Pferde, auch bei plötzlich auftretendem Glätte.

Das Einballen von Schnee in die Hufeisen, wie es namentlich bei tauendem Schnee eintritt, wird am vollkommensten durch die Ausfüllung des Raumes zwischen dem inneren Hufeisenrand und der unteren Huffläche (Strahl und Sohle) mit Huflederklitt verhütet. Die sonst empfohlenen Mittel, das Einlegen von Strohhöhlen, das Einfetten oder Einschmieren der Hufsohle und des Strahles mit grüner Seife, sind unzuverlässig. Strohhöhlen gehen leicht verloren und die Fett- und Seifenschicht schützt nicht allzulange. Schneeballen in den Hufen bedingen aber, abgesehen von der durch sie veranlaßten Gefahr des Niederstürzens, eine erhebliche Arbeiterschwerung und unnützer Kräfteverbrauch. Deshalb verdient die Verwendung von Huflederklittlagen die weitgehendste Beachtung. Die Schilagen können bei jeder Beschlagserneuerung wieder verwendet werden. Die Mehrausgaben, welche durch gute Schraubvorrichtungen und durch den Huflederklitt veranlaßt werden, stehen in keinem Verhältnis zu den Verlusten und Unkosten, welche Weindrücke, Erkrankungen und die vorzeitige Abnutzung verursachen.

Verantwortl. Redakteur: Franz Nettig, Berlin. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.